

"Deutsche Außenpolitik nach der Wende:
Zivilmacht am Ende?"

Dr. Sebastian Harnisch
FB III/Politikwissenschaft, Universität Trier
54286 Trier, Tel: 0651-201-2129/2164, Fax: 201-3821
E-Mail: harnisch@uni-trier.de

Beitrag für den 21. DVPW-Kongress in Halle, 1.-5. Oktober 2000

1. EINLEITUNG

Mit der Wiedervereinigung ist die bundesdeutsche Außenpolitik in ihre vierte Entscheidungsphase nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges eingetreten. Anders als in den Phasen zuvor, der "Westbindung" (1949-1955), den "Ostverträgen" (1969-1972) und der "Nachrüstungsdebatte" (1977-1983), konnte die Bundesrepublik ihre außenpolitischen Prioritäten nach 1990 unabhängig von den Zwängen des Ost-West-Konfliktes definieren. Diese neue Gestaltungschance ist in der deutschen Außenpolitikforschung und der politischen Publizistik unter dem Stichwort der "Normalisierung" diskutiert worden.¹ Die Debatte kreiste um die Frage, ob sich die deutsche Außenpolitik im Hinblick auf ihre Ziele und Instrumente dem Verhalten anderer westlicher Demokratien anpassen werde, mithin "normaler" werden würde.²

Die Mehrzahl der Analysten prognostizierte, dass Deutschlands Kurs weiterhin durch die internationale Umwelt bestimmt werde. Die Vertreter der realistischen Schule in den Internationalen Beziehungen betonten den Wandel der internationalen Machtkonstellation nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion (Mearsheimer 1990; Waltz 1993). Dieser Strukturwandel spiegele sich zum einen, angetrieben durch den Zuwachs an Territorium, Bevölkerung etc., in einem "Aufstieg Deutschlands" zur "Zentralmacht in Europa" wider.³ Zum anderen würden sich die Strategien und Instrumente der deutschen Außenpolitik den neuen Gegebenheiten anpassen. Deutschland werde grundsätzlich versuchen, seinen Einfluss in internationalen Institutionen zu maximieren und parallel zunehmend seine Interessen auch autonom (i.e. außerhalb der EU, NATO, OSZE etc.) wahrzunehmen (Baumann/Rittberger/Wagner 1999).

Auch aus einer systemischen Perspektive – aber mit anderen Schlussfolgerungen – argumentierten Vertreter der "institutionalistischen Schule", dass die fortwährende Verankerung der Bundesrepublik in internationalen Institutionen das Außenverhalten Deutschlands stabil halten würde.⁴ Das wiedervereinigte Deutschland werde weiterhin "Einbindungspolitik"⁵ in internationale Institutionen wie der NATO und der EU betreiben, weil sich diese in der Vergangenheit als effektive Verhandlungskanäle für das Management der Interdependenzkosten im wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Bereich erwiesen hätten (Senghaas 1995; Staack 1997; Müller 1999).

In der Auseinandersetzung mit den Vertretern der systemischen Ansätze bildete sich seit Anfang der 1990er ein neuer Forschungsstrang in den Internationalen Beziehungen heraus,

¹ Sehr gute Zusammenfassungen der Debatte finden sich bei: Gordon 1994; Hellmann 1997; Hellmann 1997a; McAdams 1997; Peters 1997.

² Was in diesem Zusammenhang als normal zu gelten habe, wurde nicht thematisiert.

³ Vgl. Schwarz 1994, 1994a; Baring 1994; Brill 1994; Schöllgen 1999: 182-230; van Orden 1991.

⁴ Vgl. stellvertretend: Banchoff 1999; Katzenstein 1997a; Keohane/Hoffmann 1993; Anderson/Goodman 1993; Hampton 1996.

⁵ Für diesen Begriff vgl. Hellmann 1994: 3, FN 9.

der die rationalistischen Grundannahmen - außenpolitisches Verhalten als Reaktion auf materielle Anreize oder strukturelle Gewichtsverschiebungen, grundsätzlich in Frage stellte. Zwar gehen die Vertreterinnen dieser Ansätze auch davon aus, dass die "Außenpolitik der Berliner Republik" durch Kontinuität geprägt sei, doch begründet wird dies mit dem Verweis auf die in der deutschen Gesellschaft geteilten Normen, Werte, Prinzipien.⁶

Konstruktivistische Ansätze zur Analyse der deutschen Außenpolitik

Gemeinsam ist den "Vertretern dieser konstruktivistischen Perspektive" zum einen die Kritik, dass soziale Strukturen, wie Machtrelationen und Institutionen, nicht objektiv, sondern sozial konstruiert sind (Risse 1999: 36-37). Konstruktivistinnen gehen darüber hinaus davon aus, dass soziale Strukturen und Akteure sich gegenseitig konstituieren. In methodischer Hinsicht folgt daraus drittens, dass Konstruktivistinnen die Präferenzordnungen von Akteuren nicht als gegeben hinnehmen, sondern sie als Ausdruck sozial konstruierter Identitäten, Kulturen etc. in das Zentrum ihrer Analyse stellen.⁷

Für die Analyse der deutschen Außenpolitik lassen sich grundsätzlich drei unterschiedliche konstruktivistische Ansätze unterscheiden. Im Mittelpunkt der Untersuchungen zur "politisch-militärischen und strategischen Kultur" der Bundesrepublik stehen die Auswirkungen der Kriegserfahrungen auf die außenpolitischen Zielvorstellungen Nachkriegsdeutschlands.⁸ So geht Thomas Berger in seiner vergleichenden Studie zur deutschen und japanischen Nachkriegsaußenpolitik davon aus, dass beide Staaten nach den (unterschiedlichen) Erfahrungen von Krieg, Genozid und Atombombenabwurf durch "historische Lernprozesse" eine spezifische "antimilitaristische politisch-militärische Kultur" aufgebaut hätten (Berger (1998: 6f.).

Während die Autoren dieser "kulturalistischen Interpretation" die Pfadabhängigkeit der deutschen Außenpolitik nach 1990 betonen (Longhurst 2000: 236-238), heben die Verfechter einer "poststrukturalistischen Interpretation" die Kodetermination zwischen Akteursidentität und Akteursverhalten heraus.⁹ Deutsche Außenpolitik kann aus dieser Perspektive als Prozess der nationalen Identitätsbildung verstanden werden, der über Diskurse, die die „Möglichkeitsräume abstecken und diese zugleich argumentativ im Sinne von Machbarkeitsszenarien und Politikempfehlungen entscheidungsvorbereitend strukturieren“, abläuft (Hellmann 1999: 101; ferner Bach 1999: 10).¹⁰

Eine dritte konstruktivistische Herangehensweise erklärt die Kontinuität der deutschen Außenpolitik angesichts der dramatischen Veränderungen im externen und internen Umfeld

⁶ Zur Abgrenzung zwischen konstruktivistischen und rationalistischen Ansätzen in der deutschen Außenpolitikanalyse: Boekle/Rittberger/Wagner 1999: 3-7.

⁷ Vgl. für Überblicksdarstellungen zum Konstruktivismus: Schaber/Ulbert 1994; Checkel 1998; Katzenstein 1996; Adler 1997; Jetschke/Liese 1998; 1999; Guzzini 2000.

⁸ Vgl. Berger 1996; 1998; Markovits/Reich 1997; Longhurst 2000; Hoffmann/Longhurst 1999; Herwig 1997.

⁹ Vgl. Bach 1999; Hellmann 1999; Hellmann 2000.

¹⁰ Inwieweit die Autoren dieses Forschungsstranges noch als Konstruktivisten im Sinne Adlers (1997) verstanden werden können, ist durchaus diskutabel, aber irrelevant für die Bewertung ihrer Forschungsergebnisse.

nach der Wende von 1989 durch die "Stabilität der deutschen außenpolitischen Rolle".¹¹ Ausgehend von Maulls vergleichender Analyse der deutschen und japanischen Außenpolitik (Maull 1990, 1990a, 1992, 1993) fließen systemische Faktoren als sozial konstruierte "Rollenerwartungen anderer Staaten" (alter part einer Rolle) und gesellschaftliche Faktoren als "Rollenerwartungen der eigenen Gesellschaft" (ego part einer Rolle) in die Analyse des Trierer DFG-Projektes „Zivilmächte“ zur deutschen Außenpolitik ein (Harnisch 1996; Kirste/Maull 1996: 293-296).¹² Die "außenpolitische Rolle" wirkt mithin als Prisma für externe und interne, materielle und immaterielle Faktoren, die sich über die Rollenperzeption der außenpolitischen Elite in Verhalten niederschlägt.

Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten stellt sich daher in empirischer Hinsicht die Frage, ob und inwieweit der Epochenwechsel von 1989 Ziele, Strategien und Instrumente der deutschen Außenpolitik verändert hat. Parallel erscheint es aus theoretischer Sicht interessant, die unterschiedlichen Erklärungsansätze einer kritischen Prüfung hinsichtlich ihrer Stringenz und Erklärungskraft zu unterziehen (Peters 1997: 383).

Im folgenden Beitrag soll deshalb die Frage beantwortet werden, ob und inwieweit der "Zivilmachtsansatz" von Maull geeignet ist, die von ihm konstatierte "modifizierte Kontinuität" in der deutschen Außenpolitik seit 1990 zu beschreiben und zu erklären. Zudem wird der Frage nachgegangen werden, welche explanatorischen Stärken und Schwächen diesen rollentheoretischen Ansatz von anderen Ansätzen unterscheiden, bzw. auszeichnen.¹³ In Abschnitt II werden zunächst die Grundzüge des rollentheoretischen Zivilmachtsansatzes dargestellt. Abschnitt III faßt die empirischen Ergebnisse der zivilmachtsbasierten Forschung zur deutschen Außenpolitik in den 1990er Jahren zusammen. In Abschnitt IV werden die theoretischen Stärken und Schwächen des Ansatzes in vergleichender Perspektive kritisch reflektiert. Abschließend werden in Abschnitt V einige Perspektiven für die Weiterentwicklung des rollentheoretischer Konzepte zur Analyse der deutschen Außenpolitik vorgestellt.

II. THEORETISCHE GRUNDZÜGE DES ZIVILMACHTSANSATZES

Der Idealtypus Zivilmacht

Bei der Bildung des Idealtypus Zivilmacht wird davon ausgegangen, dass die zunehmenden Interdependenzen zwischen Staaten und zwischen Regierungen und Gesellschaften die den Entscheidungsträgern in den westlichen Industriestaaten (der sogenannten OECD-Welt) die Akkumulation von Macht und Wohlfahrt durch unilaterale Strategien und Instrumente

¹¹ Vgl. Kirste 1998; Aggestam 1998; Tewes 1998; für eine rollentheoretische Interpretation aus (semi) rationalistischer Sicht die Beiträge in: Le Prestre 1997, insb. Létourneau/Räkel 1997.

¹² Vgl. die grundlegenden Arbeiten zum Zivilmachtskonzept von Maull: 1990, 1990a, 1992; 1993; 1993a, 1993d, 1994.

¹³ Grundlage dieses Beitrages bildet das Ergebniskapitel eines Bandes zum Workshop "Germany as A Civilian Power – Results of Recent Research", Trier University, 11.-12.12. 1998, vgl. Harnisch/Maull (2001a).

verwehren (Mauil 1990, 1990a). "Komplexe Interdependenzen" fördern bestimmte administrative Designs in und Institutionenbildung zwischen diesen Staaten; diese werden dort in Strategien zur "Stabilisierung der internationalen Umwelt" umgesetzt. Zu diesen gehören internationale Arbeitsteilung, Verringerung von Transaktionskosten durch Liberalisierungsmaßnahmen sowie Institutionalisierung zur Vermeidung von Mitnahmeeffekten. In diesem Kontext sind "idealtypische Zivilmächte" Staaten oder Institutionen, die aktiv zur Zivilisierung der internationalen Beziehungen, i.e. zu deren Verregelung und Verrechtlichung beitragen (Mauil 1990; 1992; 1993).¹⁴ In Analogie zur Domestizierung sozialer Gewaltanwendung im Bereich der Innenpolitik streben Zivilmächte in ihren Außenbeziehungen danach, die gewaltsame Durchsetzung von Regeln (Politik durch Macht) durch die Internalisierung sozial akzeptierter Normen (Politik durch Legitimität) zu ersetzen. In Anlehnung an Kants "Ewigen Frieden" zwischen Republiken und Karl Deutschs Konzept der befriedeten Beziehungen innerhalb von "Sicherheitsgemeinschaften" wird die Zivilisierung der Internationalen Beziehungen im Idealtypus mit den folgenden sechs Zielen beschrieben:

- Maßnahmen zur Verminderung von Gewaltanwendung bei der Lösung politischer Konflikte in und zwischen Staaten durch die Schaffung und Aufrechterhaltung von kooperativen und kollektiven Sicherheitssystemen (Förderung der Gewaltmonopolisierung)
- Maßnahmen zur Stärkung von Rechtsstaatlichkeit durch die Gründung internationaler Regime und Institutionen mit Hilfe multilateraler Kooperation, Integration und partiellen Souveränitätstransfers (Rechtsstaatlichkeit)
- Stärkung partizipatorischer Formen der Entscheidungsfindung in und zwischen Staaten (Förderung demokratischer Mitbestimmung)
- Stärkung friedlicher Formen der Konfliktregulierung (Gewaltverminderung)
- Förderung von sozialem Ausgleich und nachhaltiger Entwicklung zur Stärkung der Legitimität der internationalen Ordnung (Sozialer Ausgleich)
- Förderung internationaler Arbeitsteilung und Interdependenz (Interdependenz) (Mauil 1992).

Während die Liste der für den Idealtypus konstitutiven Normen und dazugehörigen Rollensegmente lang und (relativ) unspezifisch ist,¹⁵ haben sich bei der vergleichenden empirischen Analyse des außenpolitischen Verhaltens der USA und der Bundesrepublik drei Normen/Rollensegmente als zentral herausgestellt:

- a) die Bereitschaft und Fähigkeit internationale Beziehungen durch die Initiierung multilateralen Handelns zu zivilisieren;

¹⁴ Der Begriff "Zivilmacht" wurde erstmals von François Duchêne für die Außenwirkung der Europäischen Gemeinschaft gebraucht, vgl. Duchêne 1973; zur Zivilisierung durch die Vereinten Nationen: Rittberger/Zangl 1997.

¹⁵ Vgl. zum Kriterium der Spezifität von Normen: Boekle/Rittberger/Wagner 1999: 6f.

- b) die Bereitschaft durch den Transfer von Souveränität an internationale Institutionen als Unterstützer kollektiver Sicherheitsarrangements aufzutreten;
- c) die Bereitschaft zur Realisierung einer zivilisierten internationalen Ordnung auch wenn dies gegen kurzfristige "nationale Interessen" verstößt (Kirste 1998: 460-462).

In einigen kritischen Untersuchungen ist dieser "Idealtyp Zivilmacht" mit realer Außenpolitik, i.e. einem politikberatenden Konzept, gleichgesetzt worden. Folglich sei Zivilmacht (bestenfalls) eine Aufforderung zum außenpolitischen Altruismus; schlimmstenfalls die Legitimation für einen selbstgerechten moralischen Kreuzzug gegen "unzivilisierte Staaten".¹⁶ Wissenschaftlich betrachtet dient der "Idealtyp Zivilmacht" dem Ziel, als Maßstab (Kriterienkatalog) bei einer vergleichenden Analyse von Außenpolitiken zu dienen (Zivilmacht als Rollenkonzept und analytisches Instrument). Auf einer zweiten Ebene dient Zivilmacht als Begriff für eine besondere Form der sozialen Macht, die sich bei der Durchsetzung spezifischer Ziele (Zivilisierung der IB) besonderer Instrumente bedient, i.e. nicht-militärischen Instrumenten, Stärkung internationaler Institutionen und vertraglicher Verpflichtungen etc. (Zivilmacht als außenpolitisches Instrument). Drittens soll der Begriff der Zivilmacht einen spezifischen Akteur bezeichnen, der die Zivilisierung der Internationalen Beziehungen anstrebt (Mauil 1990, 1992; Kirste/Mauil 1996: 297).

Forschungsdesign und Methodologie

Die empirische Hauptfragestellung dieses Beitrages lautet: *Ob und inwieweit hat der Epochenwechsel von 1989 Ziele, Strategien und Instrumente der deutschen Außenpolitik verändert?* Ferner wird theoretisch danach gefragt, *welche Stärken und Schwächen der rollentheoretische Zugang des Zivilmachtsansatzes (gegenüber anderen Ansätzen) bei der Erklärung der deutschen Außenpolitik aufweist.*

Um diese Fragen zu beantworten, greift dieser Beitrag auf Forschungsergebnisse zurück, die mit Hilfe des rollentheoretischen Konzepts von der Trierer Forschungsgruppe gewonnen worden sind.¹⁷ Dies hat sowohl praktische als auch normative Implikationen. Erstens wird das Zivilmachtsrollenkonzept als "Idealtyp im Weber'schen Sinne" betrachtet. Eine Deckungsgleichheit zwischen Idealtyp und Empirie erscheint deshalb weder erreichbar noch erstrebenswert. Zweitens wird damit ein bestimmtes methodisches Vorgehen festgelegt: das Trierer Forschungskonzept untersuchte zunächst die außenpolitische Rhetorik und dann das außenpolitische Verhalten mit dem Ziel beide miteinander zu vergleichen.¹⁸ Die Intention dieser "Typenüberprüfung" (typology fitting) war, dass das Zivilmachtsrollenkonzept (zunächst) als plausibler Faktor zur Erklärung der Auswahl unterschiedlicher außenpolitischer Strategien

¹⁶ Vgl. Schwarz 1994: 177; Schöllgen 1997; Link 1999.

¹⁷ Vgl. DFG-Forschungsprojekt "Zivilmächte" 1997; Frenkler 2001, 1997; Harnisch, 1997; 1996; 1995a; 1994a; Harnisch/Mauil 2001a; 2001b; Kirste 1998; 1998a-f; Kirste/Mauil 1996; Mauil 2001, 2000; 1999; 1998; 1997, 1997a; 1995/96; 1994; 1993; 1993a-d, 1992; 1990, 1990a; Meier 2001; 1997; 2001; 1997; Pfeil 2001, 2000; Tewes 2001, 1998; 1997; Triphaus 2000.

¹⁸ Grundannahme ist hier, dass außenpolitische Rhetorik auch außenpolitisches Verhalten umfasst, aber nicht mit diesem deckungsgleich ist.

und Instrumente etabliert werden sollte. Das ursprüngliche Projekt und die nachfolgenden Studien zielten deshalb nicht auf Theoriebildung im eigentlichen Sinne, denn Kausalität kann in einer konstruktivistischen Analyse nur durch Plausibilität hergestellt werden, die wiederum an eine kompetitive Theorieanwendung gekoppelt ist (Yee 1996). Folglich ist der Ausgangspunkt dieser Untersuchung nicht die Annahme, die idealtypische Zivilmachtsrolle sei der *einzige* Erklärungsfaktor für das deutsche Verhalten. Dies hätte zunächst eine systematische Überprüfung des ZM-Konzepts in allen (wichtigen) Politikfeldern erfordert. Zudem hätten die empirischen Ergebnisse der ZM-Forschung mit den Annahmen konkurrierender Ansätze systematisch verglichen werden müssen, um ein Höchstmaß an Plausibilität für den einen oder anderen Ansatz herauszustellen.¹⁹

III. EMPIRISCHE ERGEBNISSE

Die Ausgangshypothese der empirischen Zivilmachtsforschung ist die Annahme, dass die bisherige theorieorientierte Forschung die "modifizierte Kontinuität" des deutschen außenpolitischen Verhaltens nach 1990 nur ungenügend beschreiben und erklären konnte, weil sie ihr Augenmerk auf (statische) Machtüberlegungen bzw. materielle Interessendefinition richtete.²⁰ Im Gegensatz dazu konzentrierte sich die ZM-Forschung auf die Entwicklung, i.e. Konstruktion und Rekonstruktion, der deutschen außenpolitischen Rolle nach 1989 und deren Einfluss auf das außenpolitische Verhalten.

Unter der Fragestellung, inwiefern das bundesdeutsche Rollenverständnis das deutsche Verhalten innerhalb von internationalen Institutionen geprägt hat, wurde in den Studien von Frenkler zur weiteren Integration der EU (2001; 1997), Tewes zur EU- und NATO Erweiterung (2001; 1998, 1997) und Triphaus zur Institutionalisierung der OSZE (2000) untersucht. Das Verhalten Deutschlands in weiteren Institutionen (VN, GATT/WTO, WEU) wurde in den Untersuchungen von Kirste (1998; 1998 a-f) und Maull (insb. 2001; 1995/96) behandelt. Die Außenpolitiken der Regierungen Kohl und Schröder in unterschiedlichen Politikfeldern standen im Vordergrund der Analyse von Meier zur Nonproliferation (2001; 1997), von Pfeil zur Menschenrechtspolitik (2000, 2001) und Philippi zum Einsatz der Bundeswehr im Ausland (2001; 1996). Die Studien zur Sicherheitspolitik widmeten sich insbesondere der Frage, ob und inwieweit die Bundesrepublik mit dem Gewinn der vollen Souveränität ihr Rollenverständnis und ihr Verhalten veränderte. Mit der Krisen- und Konfliktpräventionspolitik, insbesondere im ehemaligen Jugoslawien, befassten sich Kirste (1998c, 1998d; Maull 2000; 1995/96; Philippi 2001; Triphaus 2000). Schwerpunkt dieser Studien bildete die Frage, inwiefern sich das deutsche Rollenverständnis- und Verhalten hinsichtlich der Konfliktprävention

¹⁹ Für einen ersten Vorstoß in diese Richtung: Rittberger 1999.

²⁰ Gemeint ist an dieser Stelle der (rationalistische) Institutionalismus, der normgeleitetes Verhalten mit den materiellen Eigeninteressen des Akteurs erklärt. Institutionen dienen dem Akteur zur Senkung u.a. von Transaktionskosten in interdependenten Beziehungen. Das normgeleitete Verhalten des Akteurs endet, wenn die Institution dem Eigeninteresse des Akteurs nicht mehr dient bzw. wenn dieser seine Eigeninteressen alternativ verwirklichen kann.

und Intervention unter dem Eindruck externer Erwartungen verbündeter Staaten bzw. der Konfliktentwicklung insbesondere im ehemaligen Jugoslawien verändert hat. Schließlich hat Kirste die Außenwirtschaftspolitik (1998f.) unter der Perspektive der Zivilmacht untersucht. Die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik nach 1990 behandelten Schrade (1997; 1997a) und Schmidt (1998) neben anderen Ansätzen auch mit dem Zivilmachtstypus.²¹ Die empirischen Fallstudien zeigen insgesamt dreierlei:

- 1) Dass die Bundesrepublik nach 1989 grundsätzlich Kontinuität bei der Auswahl ihrer außenpolitischen Zielen, Strategien und Instrumenten wahrte und damit dem Rollenverständnis einer idealtypischen Zivilmacht sehr nahe kam;
- 2) Dass sich jene Fälle, in denen die Bundesrepublik von der Kontinuität abwich, über das rollentheoretische Zivilmächtskonzept abbilden und damit erklären lassen. Die Untersuchungen zeigen nicht, dass Macht, materielles Eigeninteresse oder institutionelle Zwänge keinen Einfluss auf das außenpolitische Verhalten ausübten. Sie gehen lediglich davon aus, dass diese Faktoren durch die in der Zivilmächtsrolle festgeschriebenen Werte und Normen wahrgenommen, bewertet und gegebenenfalls rekonstruiert wurden.
- 3) Dass die für die bundesdeutsche außenpolitische Rolle konstitutiven Eigen- und Fremderwartungen nicht einfach "herunter- bzw. heraufgeladen" wurden. Diese veränderten sich durch die Auseinandersetzung zwischen ego und alter-part der Rolle oder zwischen der Rolle und der "Realität".²² In einigen (prominenten) Fällen, wie den Auslandseinsätzen der Bundeswehr, veränderte sich das bundesdeutsche Rollenkonzept parallel zum außenpolitischen Verhalten.

Weiter so, Deutschland?! Rollenkonzeption und deutsche Vereinigung

Ausgangspunkt für die Kontinuitätsthese des Zivilmächtsansatzes ist die ungebrochene "Zivilmächtsrhetorik" der Regierung Kohl nach dem Epochenwechsel von 1989. Die empirische Analyse von Kirste (1998a) beschreibt eingängig das Festhalten an der "Politik der aktiven Integration und breiten internationalen Kooperation", welche multilaterales Handeln ebenso wie Autonomieverzicht beinhaltet. Deutlich erkennbar ist der starke Einfluss der Fremderwartungen in Formulierungen von der "Verantwortung Deutschlands" und "Deutschlands Pflichten" in der Phase der Wiedervereinigung (Kirste 1998: 456). Bonns Verhalten in den internationalen Verhandlungen zur Regelung der deutschen Vereinigung zeigt durch den "2+4-Prozess" die Präferenz für multilaterale Verhandlungsführung, durch die fortwährende Integration in NATO und EU den Integrationswillen und durch die (wiederholte) Absage an Massenvernichtungswaffen sowie die Beschränkung der Mannschaftsstärke der Bundeswehr im "2+4-Vertrag" den Souveränitätsverzicht einer (idealtypischen) Zivilmacht. Zugleich ver-

²¹ Die Ergebnisse dieser beiden Studien werden nur eingeschränkt mit in die Betrachtung einbezogen, weil ihre Ergebnisse nicht auf einer in der Rollentheorie verankerten Methodik beruhen.

²² Implizit erweisen sich alle (mir bekannten) Zivilmächtsstudien somit als "ontologisch realistisch", indem sie von einer materiellen Realität außerhalb des menschlichen Diskurses ausgehen, die sich einer "stetigen Re- oder Dekonstruktion" entzieht bzw. erwähnt, vgl. Adler 1997: 323.

änderte die erfolgreiche Beilegung der "deutschen Frage" nach 1990 das Mischungsverhältnis von Fremd- und Eigenerwartung als konstitutive Elemente der bundesdeutschen Rolle. Der Fremdbezug findet dabei auf zweierlei Wegen Eingang in die deutsche außenpolitischen Rolle. Zum einen betonen alle (untersuchten) Entscheidungsträger die gewachsene Verantwortung der Bundesrepublik in Europa und (zunehmend) darüber hinaus. Die Auseinandersetzung der Bundesregierung um die Beteiligung an der "Operation Desert Storm" mit ihren Verbündeten einerseits und der eigenen Gesellschaft bildet hier einen wichtigen Ausgangspunkt für die weitere Debatte (Kirste 1998: 135, 202ff.). Zum anderen findet sich weiterhin der Bezug zur westlichen Wertegemeinschaft, der als konstitutiv für das Selbstbild der deutschen Nation angesehen wird.²³

In der außenpolitischen Rhetorik nach der Vereinigung zeigt sich zudem eine deutliche Zunahme an positiven Eigenbildern, die sich auf ein "Gefühl der Bestätigung/Errungenschaft" gründen. Vereinigt und demokratisch, weder bedroht noch bedrohend habe Deutschland nach Jahrhunderten (s)einen sicheren Platz in Europa gefunden.²⁴ So zitierte der Economist Bundeskanzler Kohl 1991 mit den Worten: "We are finding our national identity through our successful experience with European integration".²⁵ Fünf Jahre später ist der Anteil des positiven Eigenbildes an der Definition der deutschen Rolle in Europa deutlich gewachsen. 1996 wird Kohl mit den Worten zitiert:

"United Germany is number one in Europe. We have about 80 million people. We are the country with the strongest economy, We are particularly well organised... We have our pluses and minuses. But taking everything together we will not [get into trouble, S.H.] if we take our place in the [European, S. H.] house. Naturally the others accept that we will need the biggest flat."²⁶

²³ Außenminister Hans-Dietrich Genscher, "Erklärung zum 40. Gründungstag der NATO am 3. April 1989, in: Bulletin 31(06.04. 1989), S. 274: "Our membership in the Western World's community of values, based on freedom and human dignity, is an absolute necessity for our self-image as a nation", zitiert nach Létourneau/Räkel 1997, S. 123.

²⁴ Vgl. Bundeskanzler Helmut Kohl, Regierungserklärung, 30. Januar 1991, in: Deutsche-Außenpolitik 1990/1991, München: Moderne Verlagsgesellschaft, S. 328; Bundespräsident Richard von Weizsäcker, "Ansprache am 30. April 1992, in: Bulletin 49(09.05. 1992), S. 470.

²⁵ Vgl. Economist, 27.07. 1991.

²⁶ Vgl. Economist, 09.11. 1996.

Empirisch betrachtet lässt sich also eine deutliche Gewichtsverschiebung zwischen den ego- und alter-Anteilen der bundesdeutschen außenpolitischen Rolle im Verlauf der 1990er Jahre nachzeichnen (Létourneau/Räkel 1997). Normativer Bezugspunkt dieses gestärkten Selbstbewusstseins bleibt die Tradition der „Bonner Republik“ mit ihrer festen Einbindung in die westliche Wertegemeinschaft.²⁷

Zivilmacht und/in Institutionen:

Die deutsche Politik gegenüber internationalen Institutionen gründete sich auf das bereits beschriebene gewachsene Selbstbewusstsein der Eliten, welches sich aus der praktischen Erfahrung speiste, mit der Wiedervereinigung Deutschlands in einem sich vereinigenden Europa erstmals in der deutschen Geschichte grundlegende Ziele der deutschen Außenpolitik erfolgreich miteinander verbunden zu haben. Aus diesem (Selbst)Bewusstsein heraus wurden die Regierungen Kohl deshalb zu einem der wichtigsten Motoren für die Umgestaltung europäischer und transatlantischer Institutionen. Neben der ehemaligen Sowjetunion/Russland war die Bundesrepublik der Motor für eine Institutionalisierung der KSZE zur OSZE; anders als Moskau strebte Bonn jedoch eine verpflichtende Institutionalisierung (Konsens- minus eins/und zwei; robustes Konfliktverhütungszentrum) an. Im transatlantischen Bündnis initiierte Verteidigungsminister Rühle die Debatte über die Osterweiterung und gab damit den Anstoß für die Funktionsausweitung der Allianz; die Bi- und Multilateralisierung der Bundeswehr wurde zum Kern der NATO-Truppenstrukturreform (Bagger 1994). In der EG/EU stieß die Bundesregierung wichtige Entwicklung bei der Funktionsausweitung (Politische Union), Struktur (Ausweitung von Mehrheitsentscheidung) und geographischer Ausdehnung (Osterweiterungsgipfel der EU in Kopenhagen und Essen) mit an.

Das wichtigste und prägendste Beispiel für das gewachsene deutsche Selbstbewusstsein nach 1990 ist jedoch die Etablierung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion durch den Vertrag von Maastricht. Dabei zeigt der Beginn des WWU-Prozesses (1987) einerseits, dass dieses Selbstbewusstsein keinesfalls auf den „Souveränitätsgewinn“ im Zuge der Vereinigung oder den „Generationenwechsel“ unter Schröder zu reduzieren ist. Es reicht zurück bis in die Debatte über das „deutsche Modell“ in den 1970er Jahren.²⁸ In den Verhandlungen über Aufbau und Funktionen der neuen EZB drückt sich dieses Selbstbewusstsein in der Forderung nach Übernahme des „deutschen Modells“ aus, welches von den europäischen Partnern jedoch weitgehend akzeptiert wurde (Bulmer/Jeffery/Paterson 2000: 92). Zum anderen zeigt es die deutsche Bereitschaft, entgegen kurzfristigen nationalen Interessen (weitere Dominanz der nationalen Geldpolitik in der „D-Mark-Zone“ durch die Bundesbank) langfristige Souveränitätstransfers zugunsten des europäischen Integrationsprozesses anzustoßen und durchzuführen (Dupont/Wolf 1998; Risse et al. 1999), wie es der Idealtypus der Zivilmacht erwarten ließ.

²⁷ Der Versuch nationalkonservativer Autoren, das gewachsene deutsche Selbstbewusstsein „national“ zu definieren (Schwilk/Schacht 1995) und damit dem außenpolitischen Diskurs eine neue Richtung zu geben, kann als gescheitert angesehen werden, vgl. Hellmann 1996; 1997a.

²⁸ Für eine divergierende Interpretation Hellmann 1999a.

Die deutsche Politik in den untersuchten Institutionen wurde natürlich auch nach 1990 durch die in ihnen festgeschriebenen Werte und Normen geprägt. Rollenerwartungen verbündeter Staaten wurden nach der Vereinigung zu einer wichtigen Triebfeder innerhalb der EG (Vertragswerk von Maastricht) und NATO (Ausweitung der deutschen Auslandseinsätze). Gleichzeitig blieben diese "institutionellen Vorgaben" in dieser Phase raschen institutionellen Wandels widersprüchlich oder inhaltlich vage.

Fierke und Wiener (1999) kommen nach einem Vergleich der "institutionellen Interessen" im NATO- und EU-Osterweiterungsprozess zu dem Ergebnis, dass die "institutionellen Erweiterungsinteressen der EU" stark gewesen seien, weil die Erweiterung von Anbeginn integraler Bestandteil der EG/EU-Identität gewesen sei. Gleiches könne für die NATO nicht gelten. Zudem argumentieren Fierke und Wiener, dass der lange Sozialisationseffekt des Erweiterungsparadigmas in der EU-Identität nicht zu konvergierenden oder gar gleichartigen Haltungen der EU-Mitgliedsstaaten geführt habe, wie dies (soziologische) InstitutionalistInnen erwarten würden.

Das rollentheoretische Konzept der Zivilmacht eröffnet in diesem Zusammenhang einerseits die Chance, bei der Analyse neben institutionellen auch innergesellschaftliche Rollenerwartungen und deren Wechselwirkung in die (Re)konstruktion von Akteur und Struktur einfließen zu lassen. Andererseits zeigen die Zivilmacht-Fallstudien, dass transnationale Rollenerwartungen nicht auf die EU-Partner Deutschlands reduziert werden können oder sollten. Das Verhältnis zwischen Deutschland und Europa ist keineswegs ausschließlich eine EU-Europäisierung Deutschlands, wie Katzenstein (2000) dies nahe legt.²⁹ Weitere wichtige Bezugsgrößen der deutschen außenpolitischen Rolle in den 1990er Jahren sind/bleiben die bilateralen Beziehungen zu Frankreich, den USA, den MOE-Staaten und der Russischen Föderation.

Zivilmacht Deutschland: Osteuropas Weg nach Westen?

In seiner Untersuchung der deutschen "Westintegrationspolitik Osteuropas" kommt Henning Tewes zu dem Ergebnis, dass die Bundesrepublik dem Idealtypus der Zivilmacht zwar nahe kam, gleichzeitig aber eine seiner (methodischen) Schwächen widerspiegelte, i.e. die ungeklärte Hierarchie zwischen unterschiedlichen Rollensegmenten. Tewes konstatiert, dass die bundesdeutsche EU-Erweiterungspolitik von konfligierenden Rollenerwartungen ihrer Partner in West und Osteuropa als auch konfligierenden Rollenerwartungen innerhalb der eigenen Gesellschaft gekennzeichnet war. In der Phase zwischen 1989-1992 erwies sich Bonn zunächst als zurückhaltend in der Frage der EG-Öffnung gegenüber den MOE-Staaten. Die Abfederung der innen- und außenpolitischen Effekte der deutschen Vereinigung standen in dieser Phase im Vordergrund der Außenpolitik der Regierung Kohl (Tewes 1998: 147). Allenfalls rhetorisch verpflichtete sich die Bundesrepublik neben der Vertiefung auch die Erweiterung der Union voranzutreiben. Die Sowohl-als-auch-Haltung der Bundesrepublik, die neben

²⁹ Vgl. dazu kritisch Kohler-Koch 2000: 16.

den divergierenden Erwartungen der Partner auch zentrale Normen des Idealtypus "integration deepener/widener" reflektierte, kam jedoch 1992 unter Beschuss. Verteidigungsminister Volker Rühle bekannte auf dem Düsseldorfer Parteitag im Oktober:

"Mir scheint die Debatte über die Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft ist bisher zu vordergründig geführt worden. Ich muß auch ehrlich sagen, dass ich mit der Formel "sowohl – als auch" auf die Dauer nicht mehr sehr viel anfangen kann. Es müssen Prioritäten gesetzt werden; es müssen Entscheidungen getroffen werden."³⁰

Der Konflikt zwischen unterschiedlichen Rollenanforderungen wurde erst im Verlauf des Jahres 1993 aufgelöst. In seiner detaillierten Studie weist Tewes nach, wie sich im Laufe der Jahre 1992/1993 das deutsche Rollenverständnis unter dem Eindruck der Entwicklung im ehemaligen Jugoslawien und der ehemaligen Sowjetunion veränderte. Die nun stärker wahrgenommene "Destabilisierung Mittel-Osteuropas", die sich u.a. über steigende Migrationszahlen und ausländerfeindliche Ausschreitungen direkt auf die deutsche Innenpolitik niederschlug, führte zu einer Stärkung der Erweiterungsbefürworter in der Bundesregierung (Kanzleramt, Außen- und Wirtschaftsministerium). Erweiterungskeptiker wie das Landwirtschafts-, Arbeits- und Sozial- sowie Verkehrsministerium hatten nun das Nachsehen (Tewes 1997: 111-113).

Auf den Rollenkonflikt reagierte die Bundesrepublik mit den bewährten Instrumenten von multilateralem Handeln und Integration. Als beispielhaft für den Versuch zwischen unterschiedlichen externen Erwartungen zu vermitteln, kann die von Außenminister Genscher initiierte Zusammenarbeit Deutschlands, Polens und Frankreichs im Weimarer Dreieck gelten (Genscher 1997: 894f.). Bonn versuchte hier konkrete französischen Befürchtungen, das wiedervereinigte Deutschland könne durch uni- und bilaterales Handeln versuchen, eine Hegemonie in den MOE-Staaten zu etablieren, durch Einbindung zu entkräften. Gleichzeitig sollte der Weimarer Dialog aus deutscher Sicht dazu dienen, Polen an die multilateralen europäischen Politikprozesse und skeptische Haltung mancher westeuropäischer Staaten gegenüber einer schnellen Öffnung heranzuführen (Tewes 1998: 155).

Nach Tewes bildet jedoch erst das Schäuble-Lamers-Papier vom September 1994 den notwendigen strategischen Versuch, durch die Einführung „flexibler Integration“ die Güterabwägung zwischen Erweiterung und Vertiefung langfristig zu überwinden. Im Kern des vertieften Europa sollten die Teilnehmerstaaten des WWU-Europas stehen, während sich die übrigen EU-Mitgliedstaaten und die MOE-Beitrittsstaaten in konzentrischen Kreisen nach ihren Möglichkeiten gestaffelt im „erweiterten Europa“ wiederfanden. Dieser Versuch, beide Rollensegmente „deepener und widener“ miteinander zu verbinden, beinhaltete die offene Drohung, dass sich Deutschland gezwungen sehen könnte, die Stabilisierung MO-Europas alleine und auf traditionelle Weise durchzusetzen, wenn die anderen EU-Mitglieder es bei der Stabilisierung dieser Staaten nicht unterstützten.³¹ Deutlich wird hier der für die Zivilmacht konstitutive

³⁰ Vgl. Volker Rühle vor dem Düsseldorfer Parteitag in: Protokoll des 3. Parteitages der CDU Deutschlands, Düsseldorf, 26.-28. Oktober 1992, Bonn: CDU, S. 226.

³¹ Vgl. Schäuble/Lamers 1994 und Hellmann 1995.

Gestaltungswille offenbar, der kurze Zeit später auf dem Essener EU-Gipfel in den strukturierten Dialog mit den Aufnahmestaaten und die beginnenden Beitrittsgespräche mündete.

NATO-Reform und Erweiterung

Bereits während der deutschen Vereinigung bildete die Reform der NATO einen wichtigen Baustein in der Außen- und Sicherheitspolitik der neuen Bundesrepublik (Weidenfeld 1998a: 308-315). Gleichzeitig veränderten sich mit dem Abzug der Sowjettruppen aus der ehemaligen DDR, der Implementation der im 2+4-Vertrag vereinbarten Truppenreduzierung der Bundeswehr auf 370.000 Soldaten sowie dem Wandel der NATO-Truppenintegrationsstruktur im Zuge der Auflösung der Vorneverteidigung jedoch wichtige innen- und außenpolitische Parameter der deutschen NATO-Politik (Duffield 1999: Kap. 3; Maull 2000: 69-71).

In seiner Analyse der deutschen Haltung zur NATO-Osterweiterung kommt Tewes (2001; 1998: 213-296) zu dem Schluss, dass das Verhalten Bonns dem einer idealtypischen Zivilmacht sehr nahe kommt. Nach anfänglicher Skepsis 1992 gibt Verteidigungsminister Rühe mit seiner Rede vor dem IISS in London im September 1993 den Startschuss für die Erweiterungsdebatte innerhalb der NATO.³² Rühe argumentierte in den folgenden Auseinandersetzung mit Außenminister Kinkel immer wieder mit der *besonderen (historischen) Verantwortung der Bundesrepublik* für die Konsolidierung der jungen Demokratien in Mittel- und Osteuropa. Widerspruch erfuhr Rühe durch Kinkel, der zwar den generellen Anspruch dieser Demokratien nach näherer Anbindung an den Westen konzidierte, aber der Partnerschaft mit Russland Priorität einräumte. Bundeskanzler Kohl versuchte zwar zunächst zwischen beiden Positionen zu vermitteln, schlug sich aber unmittelbar vor dem Brüsseler NATO-Gipfel im Januar 1994 auf die Seite seines Verteidigungsministers.³³ Parallel zur Sowohl-als-Auch-Politik bei der EU-Osterweiterung etablierte die Bundesregierung nun eine Position, die dem Drängen der MOE-Staaten nach Aufnahme in die transatlantische Sicherheitsgemeinschaft nachgab.³⁴ Gleichzeitig bemühte sich Bonn ernsthaft, den offensichtlichen Rollenkonflikt durch einen Ausbau der Beziehungen zwischen der NATO und der Russischen Föderation zu lindern. Folglich war die Bundesregierung die treibende Kraft bei der Vereinbarung der NATO-Russland-Grundlagenakte im Mai 1997 und der nachfolgenden Etablierung des ständigen gemeinsamen NATO-Russlandrates.³⁵

Vor dem Hintergrund der empirischen Ergebnisse legt Tewes (2001) die Schwächen des strukturellen Realismus bei der Erklärung der deutschen NATO-Osterweiterungspolitik of-

³² Vgl. zur deutschen NATO-Osterweiterungspolitik: Wolf 1996; Broer, Kamp/Weilemann, Schimmelfennig 2000.

³³ Vgl. Tewes 2001; Claus Gennrich, 'Kohl: Die NATO muß die Sicherheitsbedürfnisse der östlichen Nachbarn sehr ernst nehmen', in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.01.1994.

³⁴ Zur Strategie der MOE-Staaten bei der NATO-Osterweiterung durch eine wertebezogene Argumentation ihren Anspruch auf NATO-Mitgliedschaft zu begründen: Tewes 1998: 233-241, 250-253; Schimmelfennig 2000: 26-21 sowie die wichtige Rede von Vaclav Havel, Speech at NATO Headquarter, January 21, 1991, http://www.hrad.cz/president/Havel/speeches/1991/2103_uk.html [30.08.2000].

³⁵ Allein in den Jahren 1996/1997 besuchte Bundeskanzler Kohl Rußland siebenmal, Außenminister Kinkel traf seinen Amtskollegen Primakov im gleichen Zeitraum zehnmal.

fen. Zwar könne die NATO-Expansion als Anzeichen für eine Politik der Einflussphärenvergrößerung interpretiert werden – "to beat the Russians while they are down". Doch lasse weder die deutsche Rhetorik noch das Verhalten der Bundesregierung diesen Schluss zu. Die Bundesrepublik habe innerhalb der NATO immer wieder als Anwalt Russlands gesprochen und auch dementsprechend gehandelt.

Explikatorische Lücken ergeben sich ebenfalls bei einer institutionalistischen Interpretation des deutschen Verhaltens. Deutschland hätte von Anfang an und durchgängig ein starkes Interesse an der Erweiterung zeigen müssen, wenn dies auf "institutionellen Druck", i.e. transnationale Sozialisation, hätte zurückgehen sollen. Dies war offensichtlich nicht der Fall. Die Bundesregierung zögerte zunächst, bemühte sich dann durch ihre Initiativen um Ausgleich zwischen divergierenden Rollenerwartungen bzw. Rollensegmenten, bis sie schließlich zum entschiedenen Befürworter avancierte und damit auch den Entscheidungsprozess über die zukünftige Gestalt der Institution maßgeblich mitbeeinflusste.

Im Falle der NATO-Ostererweiterung traf der Schwenk im Kanzleramt und beim Verbündeten USA im Verlauf des Jahres 1994 auf die energisch vorgebrachten Rollenerwartungen der MOE-Staaten an die Bundesrepublik. Eindringlich macht Tewes deutlich, dass die Appelle der mittel-osteuropäischen Eliten an das Selbstbild der NATO als "Wertegemeinschaft" die deutsche Debatte maßgeblich beeinflusste. Demokratien konnten (jungen) Demokratien nicht die Tür vor der Nase zuschlagen (Tewes: 1998: 222-225, 234).

Deutlich erkennbar ist an dieser Stelle die Wechselwirkung zwischen Akteur (Bundesrepublik) und Struktur (NATO), welche die Beziehung zwischen beiden nicht auf eine Einbahnstraße i. S. der Pfadabhängigkeit reduziert (Banchoff 1999: 2; Longhurst 2000: 236-238). Durch die Politik der Bundesrepublik und ihrer Partner veränderte sich das Selbstbild des Bündnisses von einer "Schicksals- und Zweckgemeinschaft" unter dem Eindruck der mittel-osteuropäischen Rollenerwartungen zu einer "Wertegemeinschaft". Mit dem Wandel des Selbstbildes der NATO wandelte sich auch die Institution selbst, i.e. deren Strukturen und Aufgaben.³⁶ In diesem Zusammenhang erlaubt der rollentheoretische Ansatz eine detaillierte Prozessanalyse der Beziehung zwischen institutionellem Wandel und außenpolitischem Verhalten, welche externe und interne Rollenerwartungen berücksichtigt.

In seiner Untersuchung der deutschen Haltung im Institutionalisierungsprozess der KSZE/OSZE kommt Carsten Triphaus (2000) zu dem Ergebnis, dass die Bundesregierung die Institutionalisierung und geographische Ausweitung tatkräftig vorantrieb und auch nach der erfolgreichen deutschen Vereinigung zu weiterer Selbsteinbindung bereit war (Triphaus 2000: 83-85).³⁷ Nach dem Pariser Gipfel (November 1990), der die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ausdrücklich begrüßte und mit dem Ministerrat erste KSZE-Organen schuf, er-

³⁶ Vgl. für eine abweichende Interpretation Schimmelfennig 2000: 62-69, der das Verhalten der NATO als auch der MOE-Beitrittsstaaten als rhetorisches/strategisches Handeln charakterisiert.

³⁷ Die These von Peters (1997: 78), Bonn habe die KSZE-Institutionalisierungspolitik vornehmlich deutschlandpolitisch genutzt, um gesamteuropäische Vorbehalte vor der deutschen Vereinigung zu beschwichtigen, konnte daher nicht bestätigt werden.

öffnete Bonn einen ganzen Katalog von Reform und Institutionalisierungsvorschlägen. Neben der Etablierung zweijähriger Gipfeltreffen, eines ständigen Rates der KSZE-Delegationsleiter, der Schaffung einer parlamentarischen Versammlung sowie zahlreicher Vorschläge zur Einrichtung eines einheitlichen gesamteuropäischen Wirtschafts-, Forschungs-, Technologie und Rechtsraumes initiierte die Bundesrepublik die Verschärfung der KSZE-Krisenmechanismen und unterstützte die Idee eines "europäischen Sicherheitsrates" und eines Konfliktverhütungszentrums, welches neben (militärischen) Verifikationsaufgaben auch diplomatische Streit-schlichtung betreiben sollte (Triphaus 2000: 34-36; 55-57).

Hinsichtlich der Vertiefung des KSZE-Prozesses zu einer kooperativen gesamteuropäischen Sicherheitsorganisation lag die Bundesrepublik damit konzeptionell vor ihren Verbündeten (insbesondere GB/F), auch wenn die Bundesregierung bilaterale Initiativen (Kinkel-Kooijmans-Initiative "KSZE-Zuerst") und die multilaterale Abstimmung innerhalb der EPZ/GASP dazu nutzte, Koalitionen zu schmieden. Das ambitionierte bundesdeutsche Institutionalisierungskonzept, mit Hilfe eines Lenkungsausschusses/Sicherheitsrates und eines Sanktionsmechanismus einen Primat der KSZE/OSZE bei der Konfliktprävention und damit eine "feste Rolle der OSZE im Institutionengefüge" gegenüber der NATO und den VN zu etablieren, scheiterte letztlich an den divergierenden Funktionszuweisungen für die OSZE in Moskau und Washington, zwischen denen Bonn zu vermitteln suchte (Tudyka 2000: 151).

Deutlich erkennbar wird das Scheitern des deutschen Konzepts der "interlocking institutions" in der von Triphaus analysierten deutschen KSZE/OSZE-Politik gegenüber dem Kosovo. Bonn insistierte im Mai 1992 – konform mit dem ZM-Idealtyp – dass wiederholte und gravierende Menschenrechtsverstöße jugoslawischer Institutionen im Kosovo zur Suspendierung der Mitgliedschaft führen müssten, um die Glaubwürdigkeit konstitutiver KSZE-Normen aufrechtzuerhalten. Die Bundesregierung verpasste es jedoch nach dem Scheitern der "kooperativen KSZE-Konfliktpräventionsstrategie" durch die rechtzeitige und konsequente Intervention von VN und NATO eine glaubwürdige Eskalationsleiter aufzubauen.

Ein europäisches Deutschland oder ein deutsches Europa

"Germany may still think it is heading for a European Germany rather than a German Europe, but increasingly in the post-Cold War world it would seem that this distinction has little more than esoteric meaning (Hedetoft 1998: 8)."

Deutschlands Politik in den EU-Vertragsverhandlungen von Maastricht und Amsterdam wurde maßgeblich durch dessen pro-integrationistische außenpolitische Rolle geformt. Das ist das Ergebnis der Analyse von Ulf Frenkler. Trotz der französischen Skepsis gegenüber weiteren Souveränitätstransfer an die Union habe die Bundesregierung Kurs gehalten. Frenkler zeichnet das Bild divergierender interner und externer Rollenerwartungen. Auf der einen Seite stehen eigene Rollenerwartungen, die eine vertiefte Integration im Bereich der "Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik" (GASP) und der „Zusammenarbeit Innen- und Justizpolitik“ (ZIJ) wünschenswert und aufgrund der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien notwendig erscheinen lassen. Auf der anderen Seite steht Deutschlands "europapolitische Räson" nach der

Bonn sich auf die Seite von Paris stellt, wann immer grundsätzliche Richtungsentscheidungen in der Union anstehen.

Diese Beobachtung deckt sich mit dem generellen Befund des Sammelbands von Harnisch und Maull (2001), nach dem materielle Interessen von der deutschen außenpolitischen Rolle geprägt werden. Entgegen dem institutionalistischen Argument, dass institutionelle Normen und Werte von deren Mitgliedern gleichförmig übernommen werden, geht der rollentheoretische Ansatz davon aus, dass Normen aufgrund unterschiedlicher Eigen- und Fremderwartungen unterschiedlich rezipiert und internalisiert werden.³⁸

Den Internalisierungsprozess von Normen innerhalb der EU analysiert Frenkler unter der Fragestellung, wann und warum Mitgliedsstaaten EU-Normen unterschiedlich aufnehmen und internalisieren. Anhand der deutschen Europapolitik kommt er zu dem Befund, dass konstanter externer Erwartungsdruck, nonkonformes Verhalten an den Tag zu legen, zu Rollenveränderungen führte. Deutschland habe in der Auseinandersetzung insbesondere mit französischen Rollenerwartungen sein stark pro-integrationistisches Selbstbild verändert. Bisher zeige sich dieser Rollenwandel vor allem bei der Auswahl der Instrumente und Strategien. Frenkler interpretiert das mehrfache Umgehen des institutionellen Prozesses der EU, i.e. der EU-Präsidenschaft, durch "Minilateralismen und Kontaktgruppen" als signifikante Abweichung vom Instrumentenset einer idealtypischen Zivilmacht. Als Beispiele führt Frenkler u.a. die trilaterale „Vorabstimmung“ Deutschlands, Frankreichs und Spaniens im Rahmen der Verhandlungen zur Politischen Union im Oktober, die deutsch-französische „Initiative“ zur Nominierung des Belgiers Dehaene (Juni 1994), das deutsch-französische Verhalten während der Regierungskonferenz 1996/97 sowie die Umgehung der Troika bei Gesprächen mit der türkischen Regierung im Januar 1997 zur Beilegung der angespannten europäisch-türkischen Beziehungen an.

Im Gegensatz zu Tewes interpretiert Frenkler das deutsche Drängen auf eine rasche EU-Osterweiterung nach dem Maastricht-Gipfel als Ausdruck materieller Interessen an einer hegemonialen Stellung der deutschen Wirtschaft in Mittel-Osteuropa, die mit den Zielen einer idealtypischen Zivilmacht inkompatibel seien (Frenkler 2001). Während die Motivstruktur für das deutsche Verhalten in der EU-Osterweiterungsdebatte weiterhin umstritten bleibt (Schimmelfenning i. E.), weist Frenklers Analyse auf die Rückbindung des Eigenbildes an die materiellen Interessen gesellschaftlicher Akteure und damit auf ein wichtiges (bisheriges) Defizit des Zivilmachtsansatzes: die interne (Re)konstruktion des ego-parts der Rolle unter Aufgabe des unitarischen Akteursmodells und Einbeziehung gesellschaftlicher Interessenvermittlungstrukturen (Bienen/Freund/Rittberger 1999; Moravcsik 1997; Katzenstein 1987).

³⁸ Vgl. zu diesem Punkt: Checkel 1999a; Risse/Cowles/Caporaso 1999; Cowles/Risse 1999.

*Sicherheit vor und für Deutschland durch Zivilisierung?**Nonproliferationspolitik*

Für den Bereich der Nonproliferationspolitik erklärt Oliver Meier (1997, 2001) das Festhalten des wiedervereinigten Deutschlands am nicht-nuklearen Status durch das rollentheoretische Zivilmächtskonzept. Die neorealistische Prognose, Deutschland werde aufgrund der internationalen Strukturveränderungen nach Nuklearwaffen streben, habe sich als voreilig erwiesen. Auch deren politikberatende Komponente, nach der eine atomare Bewaffnung Deutschlands wünschenswert sei, weil sie zur Stabilisierung der europäischen Sicherheitsordnung beitrage, sei nicht haltbar.³⁹ Meier argumentiert darüber hinaus, dass selbst wenn der nukleare US-Schutzschild innerhalb der NATO herabgelassen würde, Deutschland weiterhin an seinem nicht-nuklearen Status festhalten werde. Folglich weist er auch die institutionalistische Argumentation zurück, nach der die deutsche Haltung (nur) interessenorientiert erklärt werden könne, ein Rückzug des US-Schutzschildes oder der europäischen Nuklearschirme Frankreichs und Großbritanniens unweigerlich eine "Nuklearisierung Deutschlands" nach sich ziehen würde.⁴⁰

Aus dem Idealtypus leitet Meier folgende Hypothesen für das Verhalten einer Zivilmacht im Bereich Non-Proliferation und Abrüstung ab. Es reiche nicht aus, als Staat auf die Entwicklung, den Bau und die Nutzung von Nuklearwaffen zu verzichten, wie die Bundesrepublik es mehrfach (auch nach 1989) getan habe. Eine idealtypische Zivilmacht müsse sich auch aktiv für die Abrüstung und Denuklearisierung in der internationalen Politik einsetzen. Meier konstatiert, dass Deutschland seit Anfang der 1990er Jahre zahlreiche Versuche unternommen habe, die Nuklearisierung der internationalen Beziehungen und die Militarisierung der Non-Proliferationspolitik zu bremsen bzw. zurückzuführen. Im Rahmen der unbeschränkten Verlängerung des NV-Vertrages und der Genfer Abrüstungskonferenz habe sich Bonn gemeinsam mit den EU-Partnern als treibende Kraft erwiesen.

Ebenso wie in anderen Politikfeldern sei die "Solidarität mit den Partnern" jedoch ein gleichgewichtiges Ziel der deutschen Abrüstungs- und Nonproliferationspolitik in dieser Phase gewesen. So sei die umfassende Nonproliferationsinitiative von Außenminister Kinkel im Dezember 1993, die als Reaktion auf die US-amerikanische Counter-Proliferation-Initiative entstand, nach heftiger Kritik einiger Verbündeter fallengelassen worden. Die Bundesregierung unterstützte 1996 ebenfalls die Position verbündeter Nuklearmächte bei der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofes über die Rechtmäßigkeit der Anwendung von Nuklearwaffen (Meier 2001).

Zusammenfassend lässt sich aus Meiers Analyse folgendes festhalten: Ebenso wie Maull, Frenkler, Kirste u.a. weist er daraufhin, dass innenpolitische Interessen durch Rollenerwartungen geprägt, aber nicht determiniert werden. Im Fall des Nuklearforschungsreaktors in

³⁹ Meier 2001 bezieht sich auf die Aussagen von Waltz 1993: 67, 1981 sowie Mearsheimer 1990.

⁴⁰ Vgl. zustimmend Müller 2000: 10f.

Garching habe die Bundesregierung auf Druck der bayrischen Staatsregierung gegen die expliziten Erwartungen der Partner, insbesondere der USA gehandelt. Ebenso habe die Regierung Kohl – auf Druck der deutschen Nuklearindustrie – die Einführung eines schärferen Verifikationssystems im Zuge der Reform des IAEA-Safeguardsystems nicht unterstützt (Müller 2000: 8f.). Gleichwohl lässt sich das Verhalten der Bundesrepublik im Bereich der Nonproliferationspolitik noch mit dem Konzept der Zivilmacht erklären.

Bundeswehreinsätze in den 1990er Jahren: Rollenwandel außerhalb des Bündnisgebietes?

Die Beteiligung deutscher Bundeswehreinheiten an friedensschaffenden und friedenserhaltenden Maßnahmen außerhalb des NATO-Bündnisgebietes ist von einer großen Anzahl der Beobachter als Anzeichen für einen grundlegenden Wandel der bundesdeutschen Außenpolitik in den 1990er Jahren gewertet worden.⁴¹ Nina Philippi (1997, 2001) und Hanns Maull (2000; 2001) interpretieren die Ausweitung des militärischen Engagements als Reaktion auf den externen Erwartungsdruck (insbesondere der USA),⁴² der im Verein mit innenpolitischen Lernprozessen zu einer Veränderung der deutschen außenpolitischen Rolle führte.

Trotz der Veränderungen sehen beide Autoren das sicherheitspolitische Rollenverhalten des vereinigten Deutschland weitgehend im Einklang mit dem Idealtypus der Zivilmacht. In der deutschen Debatte wurden die Rollenerwartungen des Auslands von den Entscheidungsträgern mit dem Ruf nach der "Bündnisfähigkeit des wiedervereinigten Deutschlands" eingeführt. In ihrer Analyse der deutschen out-of-area Debatte zeigt Philippi (1997) deutlich, dass die bisherige deutsche Zurückhaltung, Militär jenseits der Bündnisgrenzen einzusetzen, nur langsam verändert wurde. Die Spaltung der Kohl-Regierung in den Jahren 1993/94 in der Frage der BW-Auslandseinsätze, die schließlich mit dem Gang der FDP-Fraktion im Bundestag zum Bundesverfassungsgericht endete, ist ein deutliches Indiz für die Überforderung des politischen Problemlösungsprozesses, die schließlich erst durch eine verfassungsrechtliche Reformulierung der eigenen sicherheitspolitischen Rolle beendet wurde.

Hanns Maull kommt in seiner Untersuchung des Kosovo-Einsatzes der Bundeswehr zu dem Ergebnis, dass der Krieg der NATO gegen das ehemalige Jugoslawien keinen fundamentalen Bruch mit dem bisherigen Rollenverständnis bedeute. Parallel zu der von Philippi beschriebenen Anpassung der deutschen Haltung an die Rollenerwartungen der Verbündeten hätten sich im Zuge der eskalierenden Gewalt im ehemaligen Jugoslawien die gesellschaftlichen Erwartungen gegenüber der deutschen Außenpolitik gewandelt. Nur so sei zu erklären, dass der Kampfeinsatz der Bundeswehr im Kosovo ohne nennenswerte Opposition in Parlament und Gesellschaft geblieben sei (Maull 2000; Philippi 2001).

⁴¹ Vgl. Szabo 1999; Siedschlag 1999;

⁴² Beispielhaft die Aussage des ehemaligen britischen Außenministers Douglas Hurd: "Germany has to be willing to function on the same basis as everybody else, as regards the use of its armed forces and security matters. We cannot have the most powerful member of the community claiming that it cannot operate like everybody else", Persönliches Interview, Dezember 1995, zitiert in: Aggestam 1999: 12.

Drei Faktoren hätten das Verhalten der rot-grünen Koalition im Kosovo bestimmt. Zum einen habe die neue Regierung aufgrund der hohen Rollenerwartungen aus dem Ausland kaum eine andere Chance gehabt, als "Solidarität mit ihren Verbündeten" zu zeigen. Ein früher "deutscher Sonderweg" hätte die außenpolitische "Kontinuitätsrhetorik" der Regierung Schröder Lügen gestraft und aufgrund des hohen Integrationsgrades erhebliche Rückwirkung auf die gesamte deutsche Außenpolitik gehabt. Zum anderen sei die Glaubwürdigkeit westlicher Institutionen (EU, NATO, VN) aufgrund der anhaltenden Kampfhandlungen und Menschenrechtsverletzungen grundlegend in Frage gestellt worden. Die Hoffnung durch Institutionalisierung Nationalismus und Gleichgewichtspolitik in die Schranken zu verweisen, eine der zentralen Lehren der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte, schien damit an Gültigkeit zu verlieren.

Letztlich sei das Verhalten der rot-grünen Koalition aber nicht ohne den außenpolitischen "Wertewandel" zu erklären, den die damaligen Oppositionsparteien SPD und Grüne/Bündnis 90 seit Anfang der Kriege im ehemaligen Jugoslawien mitgemacht hätten (Philippi 1997; Bauer 2000). Unter dem Eindruck der sich verschärfenden Kampfhandlungen und Vertreibungen seien die pazifistischen Grundeinstellungen weiter Teile der SPD und der Grünen, nach der von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen dürfe, zunehmend unter Druck geraten (Maull 2000b; 2001; ebenso Jahn 2000).

Durch einen klassischen Wertekonflikt zwischen dieser pazifistischen Grundhaltung ("Nie Wieder Krieg") und der Überzeugung,⁴³ dass Völkermord von zivilisierten Gesellschaften unterbunden werden müsse ("Nie wieder Auschwitz"), reifte die Entscheidung, dass sich die Bundesrepublik (auch unter einer rot-grünen Koalition) an der Intervention beteiligen müsse.⁴⁴

Einen wichtigen Zwischenschritt auf dem Weg der Grünen zur Akzeptanz dieses gewandelten sicherheitspolitischen Rollenverständnis bildet die Ermordung mehrerer tausend Bosnier in den VN-Schutzzonen Sreberenica und Zepa im Jahre 1995. Vor dem Hintergrund des offensichtlichen Versagens der Vereinten Nationen, die Flüchtlinge effektiv zu schützen, konstatierte Joschka Fischer für die Grünen in einer Rede vor dem Bundestag:

"Wir sind in einem echten Wertekonflikt. Auf der einen Seite Gewaltfreiheit als Vision in einer Welt, in der Konflikte durch Vernunft gelöst werden, durch Recht und Mehrheitsentscheidungen, durch Verfassungsstaat und nicht mehr durch nackte Gewalt, der Verzicht auf militärische Gewalt, das Ziel, Strukturen zu schaffen, damit diese nicht notwendig ist; auf der anderen Seite das verfluchte Dilemma, Menschen zum Überleben nur noch durch die Entsendung von Militär helfen zu können. Zwischen der Solidarität zum Überleben und der Verpflichtung zur Gewaltfreiheit – das ist unser Widerspruch [...]."⁴⁵

⁴³ In einem Grundsatzpapier der Grünen/Bündnis 90 von 1993 hieß es dazu: "Die wichtigste Konsequenz aus der deutschen Geschichte lautet für uns: Nie wieder Krieg. Aber Sie lautet gleichzeitig auch: Nie wieder Auschwitz." Zitiert nach Philippi 1996: 127.

⁴⁴ Daß diese Überzeugung nicht mit der Entscheidung für einen Unterwerfungsfrieden (wie im Falle des deutschen Reiches) einherging, ist vielfach betont worden (Strategie). Auch die Art der Kriegsführung (Instrument), die primär auf die Begrenzung der Verluste der Verbündeten ausgerichtet war, rechtfertigt es nicht, von einer eindeutig und (ausschließlich) wertgebundenen Entscheidung zu sprechen, vgl. Mayer 1999.

⁴⁵ Joschka Fischer in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag, 6.12. 1995, in: Das Parlament, 15.12. 1995.

Philippi und Maull argumentieren, dass sich weitere wichtige Charakteristika des deutschen Verhaltens nur sinnvoll erschließen lassen, wenn sie vor dem Hintergrund der deutschen außenpolitischen Rolle interpretiert werden. Zum einen drängte die Bundesregierung noch auf einen letzten diplomatischen Lösungsversuch (die Konferenz von Rambouillet), als die amerikanische Diplomatie bereits die militärische Intervention forderte. Zum anderen bemühte sich das Auswärtige Amt intensiver um die Einbindung der Russischen Föderation und der Vereinten Nationen in die Konfliktlösung als andere Verbündete. Amerikanischen Plänen im neuen strategischen Konzept der NATO, die Legitimation von friedensschaffenden Maßnahmen durch den VN-Sicherheitsrat nur noch als "wünschenswert" aber nicht mehr als "notwendig" zu bezeichnen, erteilte die Bundesregierung eine Absage.⁴⁶

Aus Sicht der Bundesrepublik sei die Kosovo-Intervention der NATO "kein völkerrechtlicher Präzedenzfall" für friedensschaffende Maßnahmen ohne VN-Legitimation, sondern bleibe eine Ausnahme aufgrund besonderer Bedingungen. Damit habe die rot-grüne Koalition die Veränderungen des eigenen Rollenkonzepts deutlich eingegrenzt und an zentralen Normen ihrer bisherigen außenpolitischen Rolle festgehalten (Maull 2000; 2000b).

Früheren Interpretationen, die in der unilateralen Anerkennungspolitik gegenüber Slowenien und Kroatien Anzeichen für eine Normalisierung der deutschen Außenpolitik erkannt haben wollten, wird damit widersprochen.⁴⁷ Weder hat Bonn in seiner Jugoslawienpolitik autonomi-maximierende Instrumente und Strategien verfolgt, noch hat es versucht, durch die Schaffung von starken (National) Staaten, ein Machtgleichgewicht zu etablieren. Deutschlands Konzept für die Zukunft des Balkans beruhte auf multiethnischen Einheiten, die ihre Gesellschaften durch demokratische Institutionen befrieden, und nicht auf ethnisch-reinen Entitäten, die sich durch gegenseitige konventionelle Abschreckung in Schach halten.⁴⁸

Die Analyse in den Fallstudien zeigt, dass die Verhaltenserwartungen der Verbündeten – i.e. transnationale Sozialisation im institutionellen Kontext von NATO und EU – einen wichtigen Einfluss auf den deutschen Politikwandel ausübten. Dies stützt die institutionalistische These, dass Institutionen und die in ihnen festgeschriebenen Normen und Werte die Präferenzen ihrer Mitglieder beeinflussen. Doch ebenso wie im Falle der NATO-Osterweiterung erweist sich die institutionalistische Erklärung als ergänzungsbedürftig. Die Bundesrepublik bestimmte (wie ihre Partner) in der NATO und den Vereinten Nationen das Ausmaß des Wandels der Regeln und Normen im Bereich der Krisenintervention.

Die empirischen Ergebnisse der Kosovostudien (Philippi 2001; Maull 2000, 2000b, 2001; Maull/Stahl 2000) zeigen, dass weder gesellschaftliche noch transnationale Sozialisation

⁴⁶ Vgl. zur US-Position die Aussage des stellvertretenden US-Außenminister am 9. Februar 1999: „We believe that NATO's missions and tasks must always be consistent with the purposes and principles of the UN and the OSCE.... At the same time, we must be careful not to subordinate NATO to any other international body or compromise the integrity of its command structure. We will try to act in concert with the other organizations, and with respect for their principles and purposes. But the Alliance must reserve the right and the freedom to act when its members, by consensus, deem it necessary.“ Zitiert nach Simma 1999:15.

⁴⁷ Vgl. Crawford 1996; Jäger/Paulus/Winter 2000.

⁴⁸ Vgl. Kirste 1998: 365-374, 397-415, 1998c; Maull 1995/96; Maull 2000, 2001; Maull/Stahl 2000.

allein erklären können, warum und wie die Bundesrepublik ihre lang gehegte Position gegenüber einer VN-Legitimation für Kriseninterventionen veränderte. Die außenpolitische Rollenkonzeption Deutschlands im militärischen Bereich bleibt in wichtigen Bereichen (Multinationalität, VN-Mandat, Präferenz für diplomatische Lösungen) intakt.⁴⁹ Parallel zeigen die Untersuchungen der öffentlichen Debatte über die Auslandseinsätze, dass gesellschaftliche Lernprozesse den Politikwandel erklären.⁵⁰

Fazit

Die folgende Tabelle fasst die empirischen Ergebnisse der Zivilmächtsforschung in den 1990er Jahren hinsichtlich der Politikveränderung und der sie erklärenden Faktoren zusammen. Als Fazit lässt sich aus empirisch-analytischer Sicht festhalten, dass der rollentheoretische Zivilmächtsansatz sich als sinnvolles Instrument bei der Beschreibung und Erklärung der "modifizierten Kontinuität" in der deutschen Außenpolitik nach 1990 erwiesen hat. Der Ansatz verdeutlicht, wie sich die deutsche außenpolitische Rolle als "Zivilmacht" unter dem Einfluss interner und externer Rollenerwartungen entwickelte, bzw. veränderte. Damit stärkt der empirische Befund dieses Forschungsstranges die Annahme, dass Akteur und Struktur nicht als "kausale Einbahnstraße" begriffen werden können, sondern in einer konstruktivistischen Außenpolitikanalyse als "Zweibahnstraße" definiert und analysiert werden müssen.

Tabelle 1: Kontinuität und Wandel in der deutschen Außenpolitik nach 1990

	Politikwandel/Kontinuität	Rollenerwartungen/Sozialisation
Osterweiterung NATO/EU	Kontinuität, wenig Wandel	Externe Rollenerwartungen
Nichtverbreitung	Kontinuität	- -
Auslandseinsätze	Kontinuität, wenig Wandel	Externe Rollenerwartungen/ transnationale Sozialisation; gesellschaftliches Lernen
EU-Vertragsverhandlungen	Kontinuität, wenig Wandel	Interne und externe Rollenerwartungen

⁴⁹ Vgl. für eine ähnliche Interpretation Risse 1999: 52-56.

⁵⁰ Vgl. auch den Abschnitt "Außenpolitisches Lernen im Kosovokrieg."

IV. STÄRKEN UND SCHWÄCHEN DES ZIVILMACHTSANSATZES

Ausgangspunkt der zivilmachtsorientierten Forschung ist die Annahme, dass systemische Ansätze in der Außenpolitikanalyse wichtige Defizite aufweisen, weil sie der Bedeutung von Ideen, Werten, Identitäten und deren Rekonstruktion im öffentlichen Diskurs nicht genügend Bedeutung beimessen. Im Gegensatz dazu geht der ZM-Ansatz davon aus, dass das sozial-konstruierte außenpolitische Rollenkonzept der Bundesrepublik deren Außenverhalten prägt. Folglich betrachtet der Zivilmachtsansatz die Außenpolitik aus einer anderen, normativ-aufgeladenen Perspektive; er teilt jedoch die rationalistische Grundannahme, dass Akteurspräferenzen (ebenso wie deren Rollen) relativ fix und stabil sind.⁵¹ Gleichzeitig gehen die meisten ZM-Studien von der konstruktivistischen Leithypothese aus, dass eine Rekonstruktion der außenpolitischen Rolle –als Teil einer größeren außenpolitischen Kultur- eines Landes unter bestimmten Bedingungen möglich ist.⁵² Maull, Philippi und Frenkler zeigen in ihren Studien zu Bundeswehrauslandseinsätzen sowie zur EU-Vertragspolitik, dass sich die deutsche außenpolitische Rolle in den 1990er Jahren verändert hat. Unterschiedlich bewerten sie, ob und wie weit sich das deutsche Rollenverhalten damit vom Idealtyp Zivilmacht entfernt hat.

Die Frage nach der Konstruktion (Genese) und Rekonstruktion außenpolitischer Rollen gehört zu den wichtigsten einer moderat konstruktivistischen Außenpolitikanalyse. Die hier besprochenen Fallstudien haben sich nur mittelbar mit der Genese, wohl aber mit der Rekonstruktion der (empirisch erfassbaren) deutschen Zivilmachtsrolle befasst.⁵³

Grundsätzlich lassen sich im rollentheoretischen ZM-Konzept vier kausale Einflusswege im Rekonstruktionsprozess einer außenpolitischen Rolle identifizieren: 1) die (Re)konstruktion der Rolle kann externen Ursprung haben, der auf die geänderten Rollenerwartungen von Partnerstaaten und/oder Institutionen zurückgeht, in denen der zu untersuchende Staat eine "Rolle" einnimmt. 2) die (Re)konstruktion der Rolle kann einen internen Ursprung haben, der auf geänderte gesellschaftliche Rollenerwartungen zurückgeht. Diese geänderten ego-Rollenerwartungen, i.e. das Rollenselbstbild, können auf (materielle) formative Ereignisse (formative events) oder 3) die Veränderung der materiellen Interessenstruktur der Gesellschaft (Moravcsik 1997) zurückgeführt werden, die allerdings im Lichte der bisherigen eigenen Rollenerwartung interpretiert werden. 4) die Interaktion von externen und internen Rollenerwartungsveränderungen.

⁵¹ Ein solcher statischer, konstruktivistischer Ansatz ist Grundlage für die Analyse bei Boeckle/Rittberger/Wagner 1999; Berger 1998; Duffield 1998; Longhurst 2000; vgl. auch die Besprechungen von Maull 2000a (Berger) und Harnisch 2000a (Duffield).

⁵² So auch Risse 1999: 43f.

⁵³ Die Frage wie Deutschland zur Zivilmacht wurde bzw. seine spezifische außenpolitische Identität erlangte, ist in einigen Studien thematisiert, wenngleich nicht systematisch untersucht worden: Maull 1990; Maull 1990a; Harnisch 1995; Neack 1995: 224-227; Katzenstein 1996a: 529; Berger 1998; Tewes 1998; Banchoff 1999; Longhurst 2000. Die meisten Autoren gehen davon aus, daß es sich hierbei um "hegemoniale" oder "institutionelle Sozialisierung", nicht aber um systemweite Zivilisierungsprozesse gehandelt habe. Zum Konzept der hegemonialen Sozialisierung: Ikenberry/Kupchan 1990.

Erklärungskraft des Zivilmachtsansatzes

Die bisherige Analyse hat verdeutlicht, dass der rollentheoretische Zivilmachtsansatz erfolgreich den kausalen Einflussweg und den "normativen Referenzrahmen", i.e. den Idealtypus "Zivilmacht" identifizieren kann. Im Falle der Bundeswehrauslandseinsätze zeigte Nina Philippi, dass die deutschen Eliten die in der ZM-Rolle verankerte Norm des Multilateralismus nutzten, um die stetige Ausweitung der Bundeswehrmandate lediglich als "Anpassung an die legitime Verhaltensweise der Verbündeten" zu präsentieren. Folglich benutzten deutsche Entscheidungsträger den multilateralen Handlungsrahmen als Instrument, um skeptische Teile in ihrer Partei und der Gesellschaft von der "Angemessenheit" ihres Handelns zu überzeugen. Dieser Rekonstruktionsweg kann jedoch nur dann erfolgreich sein, wenn die Norm, in diesem Fall "Multilateralismus", tief in das Rollenselbstbild einer Gesellschaft integriert ist. Hanns Maulls Analyse der Kosovo-Entscheidung hebt darüber hinaus hervor, dass die Bundesregierung der Norm "Gewaltmonopol des VN-Sicherheitsrates" (deutlich) mehr Bedeutung beimaß als ihre Verbündeten.⁵⁴

In die gleiche Richtung argumentiert Henning Tewes im Falle der deutschen NATO-Osterweiterungspolitik. Er konstatiert, dass Mittel- und osteuropäische Politiker erfolgreich an das deutsche Rollenselbstbild des "integration wideners" (Integrationserweiterers) appellierten, indem sie die NATO als "Wertegemeinschaft" definierten, die den jungen Demokratien in MO-Europa nicht den Zugang verweigern könnten, ohne sich gegen die sie konstituierenden Werte zu vergehen. Tewes verweist ebenfalls auf die (kreativen) Spannungen zwischen unterschiedlichen Normen der deutschen außenpolitischen Rolle (Erweiterung vs. Vertiefung) und die Versuche der Regierung Kohl diese Rollenkonflikte zu negieren, zu umgehen und durch Prioritisierung zu lösen. Somit stärken die Ergebnisse der zivilmachts-orientierten Forschung die Argumentation transnationaler Konstruktivisten, nach der regional oder global geteilte Normen und Werte die Wahrnehmung ihrer Adressaten in der Frage, was "angemessenes Verhalten"⁵⁵ ist, beeinflussen und so zur Ausbildung von gemeinsamer Identitäten beitragen können.

Theoretische Herausforderungen: Rollenkonflikte, gesellschaftliche Interessenformation und die Theorie außenpolitischer Sozialisation

Eine kritische Reflektion der theoretischen Stärken und Schwächen des rollentheoretischen Ansatzes und des Idealtypus in den Fallstudien verweist auf drei konzeptionelle Herausforde-

⁵⁴ Ob ein solches Gewaltmonopol besteht oder bestehen sollte, wurde während des Kosovokonflikts erhitzt debatiert, vgl. Michael Mandelbaum, "America's War, Germany's Peace", in: New York Times, 07.07. 1999; Werner Link, "Gegen die Chimäre vom Gewaltmonopol der UN, in: FAZ, 24.10. 1998. Für die Analyse des Verhaltens der rot-grünen Koalition ist dies indes unerheblich, ging diese in ihrer Mehrheit doch davon aus, daß ein solches Gewaltmonopol bestünde bzw. bestehen solle und deshalb auch schützenswert sei.

⁵⁵ Die "Logik der Angemessenheit" beschreibt die These der konstruktivistischen InstitutionalistInnen, nach der das norm-konforme Verhalten von Akteuren in Institutionen nicht auf "Nutzenmaximierung", sondern auf die Logik der Angemessenheit zurückgeht, welche zentrale Normen als angemessen (für einen Akteurstyp) definiert, gleich welche Auswirkung die Einhaltung der Norm auf die Gewinnerwartung in der Nutzenfunktion des Akteurs hat, vgl. March/Olsen 1989; March/Olsen 1995; March/Olsen 1998.

rungen.⁵⁶ Zunächst zeigen einige Fallstudien deutlich, dass es inhärente Spannungen zwischen den unterschiedlichen im Idealtypus verankerten Normen und Werten gibt. Zweitens hält der Zivilmachtsansatz (aus forschungspraktischen Gründen) an der modellhaften Vorstellung eines unitarischen Akteurs fest. Dies schafft einige Schwierigkeiten bei der Verbindung der konstruktivistischen Wurzeln mit den Traditionslinien aus der vergleichenden Außenpolitikforschung. Drittens fehlt dem Zivilmachtsansatz nach wie vor eine explizite (testbare) Theorie des Normwandels durch interne und/oder externe Rollenerwartungen.

Rollenkonflikte und der transformative Charakter des Zivilmachtsansatzes

Im Hinblick auf die Spannungen zwischen zentralen Normen des Idealtypus Zivilmacht lassen sich folgende (verwobene) Argumentationslinien identifizieren. Erstens lässt sich aus theoretischer Perspektive die Forderung erheben, dass sich der Idealtyp stärker diskriminierend entwickeln muss, um Zivilmachtsverhalten und anderes (gegensätzliches) Verhalten besser voneinander trennen zu können.⁵⁷ Das ursprüngliche Trierer Forschungsprojekt hat zwei Wege eingeschlagen, um Abhilfe in diesem Punkt zu schaffen. Zum einen hat es Gegenkategorien zu den idealtypischen Zivilmachtskategorien eingeführt. Dadurch sollte z. B. zivilmachtskonformes von Großmachtsverhalten frühzeitig unterschieden werden können (DFG-Forschungsprojekt "Zivilmächte" 1997: 27-30). Zum anderen ist der umfassende Kriterienkatalog auf drei zentrale Kategorien heruntergebrochen worden: a) Gestaltungswille; b) Autonomieverzicht; c) interessenunabhängige Normdurchsetzung (Harnisch 1997: 6-8; Kirste 1998: 460-462).

Damit hat der rollentheoretische Ansatz (erheblich/deutlich) an Erklärungskraft gewonnen, wenngleich der Idealtypus als Maßstab für "zivilisierende Außenpolitik" an normativer Anziehungskraft verloren hat. Henning Tewes thematisiert das Spannungsverhältnis zwischen dem "wertfreien" analytischen Instrument "Idealtyp" im Weberschen Sinne und dem normativ aufgeladenen Konzept der Zivilmacht. Weder in der "realen Welt der Politikberatung", noch in der "theoretischen Welt der Erklärung" lasse der Idealtyp Zivilmacht eine (konkrete) Prioritätensetzung zwischen seinen zentralen Normen zu (Tewes 2001; Philippi 2001). Gleichzeitig wird in der Zivilmachtliteratur gewürdigt, dass die ambivalente (aber transparente) Haltung in der Frage wertfreier Idealtypus vs. Normative Zivilmacht eine Bereicherung der liberalen Theorie der internationalen Beziehungen darstelle (Maull 1990, 1990a), weil sie (explizit) die Transformation des nationalstaatlich organisierten Systems anstrebe (Tewes 1997: 357; Harnisch/Maull 2001b).⁵⁸

Die Reduzierung des Idealtypus Zivilmacht auf drei Kernkategorien bringt noch einen zweiten theoretisch-methodologischen Nachteil mit sich. In den empirischen Untersuchungen wurde herausgearbeitet, dass die Bundesrepublik nicht einfach bisherigen Normen gefolgt ist

⁵⁶ Grundlegend hierzu Harnisch 1997; Tewes 1997.

⁵⁷ Vgl. Harnisch 1997: 6; Tewes 2001; Philippi 2001; Pfeil 2000: 141f.

⁵⁸ Dies ist, zumindest für einige Kommentatoren, der kritikwürdigste Punkt des gesamten Konzepts, vgl. Link 1999; Schöllgen 1997.

und damit ihre außenpolitische Rolle als Zivilmacht reproduziert hat. Im Gegenteil: Entscheidungsträger haben (in ihren Parteien) in mehreren Fällen (Auslandseinsätze, Osterweiterungen) engagiert über die Legitimität neuer Normen und Werte in ihrem eigenen Rollenverständnis diskutiert und gestritten.⁵⁹ Folglich wurde offen debattiert, was "angemessenes Handeln" für eine Zivilmacht Deutschland in Zukunft bedeuten sollte. Aus theoretischer Perspektive rücken die Konflikte zwischen zentralen Normen des Zivilmächtskonzepts und die sich verändernden Auffassungen darüber, was als angemessen/legitim zu gelten habe, in den Mittelpunkt der Analyse des Wandels außenpolitischer Rollen.

Das Öffnen der "Black Box": gesellschaftliche Interessenformation und Rollenwandel

Der Zivilmächtsansatz hat mit der Übernahme des Modells des einheitlichen rationalen Akteurs, ebenso wie die meisten anderen konstruktivistischen Ansätze zur deutschen Außenpolitikanalyse, sich eigene enge Grenzen gesetzt.⁶⁰ Obwohl er durch den rollentheoretischen Ansatz innenpolitische Prozesse abbilden und einfließen lassen könnte (advocacy coalitions, epistemic communities etc.), hat das Zivilmächtskonzept bisher den innenpolitischen Interesseninformationsprozess und seinen Einfluss auf das deutsche Rollenverhalten nicht systematisch erfasst. Nach den empirischen Befunden in der Nonproliferationsfallstudie und den EU-Vertragsverhandlungen muss die Frage gestellt werden, ob die (materiellen) Eigeninteressen bestimmter innenpolitischer Akteure nicht zunehmend mit dem Verhaltensweisen einer Zivilmacht kollidieren (Maull 1997; Anderson 1997, 1999).

Grundsätzlich geht der Zivilmächtsansatz davon aus, dass die innere Verfasstheit der Bundesrepublik günstig für die Etablierung einer "zivilisierenden Außenpolitik" ist. Das Grundgesetz bindet die Außenpolitik an fundamentale Werte und öffnet die Bundesrepublik gegenüber supranationaler Integration (Bierling 1999: 9-20).⁶¹ Gleichzeitig schafft das Grundgesetz durch die Grundrechte verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen für eine starke Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat.⁶² Bis Mitte der 1990er Jahre gab es einen starken permissiven Konsensus für eine Vertiefung der Europäischen Union und eine starke Präferenz für nicht-militärische Mittel in der Außenpolitik innerhalb der deutschen Gesellschaft.⁶³

⁵⁹ Ob diese Prozesse bereits als "argumentatives Handeln" bezeichnet werden kann (vgl. Müller 1994; Risse 2000), sei dahin gestellt. Um diese Frage beantworten zu können, müßten Prozesse der "sozialen Überzeugung" von Prozessen "individueller Lernens" sowie die Wechselwirkung zwischen beiden Prozessen differenziert werden.

⁶⁰ Vgl. bspw. Berger 1998; Duffield 1998; Banchoff 1999, Longhurst 2000; kritisch Jaeger 1996: 319-322.

⁶¹ Die institutionelle Gleichförmigkeit (institutional fit) zwischen dem bundesdeutschen Föderalismus und der europäischen Integration wird von einigen institutionalistischen Interpretationen der deutschen Außenpolitik als Hauptgrund für die pro-integrationistische Politik Deutschlands herangezogen, vgl. Bulmer/Jeffery/Paterson 1997; Bulmer 1997, kritisch dazu Cowles/Risse 1999: 11.

⁶² Vgl. Frenkler (2001) für die internationale Offenheit des GG sowie Maull 1992: 781ff. und Tewes 1998: 84-87 für die demokratischen Grundlagen der Zivilmacht Deutschland.

⁶³ Vgl. für den permissiven Konsensus in der europäischen Integration bis Mitte der 1990er: Rattinger 1996. Für den Wandel der Haltung seither: Glaab et al. 1998, Eurobarometer 2000. Für die Haltung in der Frage des Einsatzes der Bundeswehr bis Mitte der 1990er: Asmus 1993, 1995, 1996; zur Haltung der öffentlichen Meinung im Kosovo-Konflikt: Maull 2000: 64f.

Doch weisen die empirischen Analysen einige Anzeichen für einen Wandel in der permissiven Grundhaltung der Gesellschaft für eine zivilmachtsorientierte Außenpolitik auf. Zwei Beispiele stechen hervor: Erstens blockierte die Regierung Kohl während der Amsterdamer Vertragsverhandlungen im Juni 1997 eine weitergehende Integration im Bereich Zusammenarbeit Innen und Justiz aufgrund einer Intervention von Seiten der Bundesländer (Frenkler 2001; Barth/Mentler 1998). Zweitens zeigte sich der Einfluß des Freistaates Bayern deutlich in der Frage des Forschungsreaktors in Garching (Meier 2001).

Der empirische Befund einer wachsenden "Domestizierung" der deutschen Außenpolitik legt die Frage nach der gesellschaftlichen Unterstützung für eine "zivilisierende" Außenpolitik nahe. Betrachtet man die unterschiedlichen Antworten auf diese Frage aus der Perspektive des rollentheoretischen Zivilmachtsansatzes, so wird ein drittes (theoretisch-methodologisches) Defizit deutlich: das Fehlen einer expliziten Theorie über Rollen/Normwandel aufgrund interner oder externer Erwartungen, d.h. einer Theorie transnationaler oder gesellschaftlicher Sozialisation bzw. außenpolitischen Lernens. In einer ersten Annäherung lassen sich folgende kausale Erklärungspfade für diese Phänomene herausarbeiten.

Zunächst lässt sich Politikwandel als Produkt veränderter interner Anforderungen mit einhergehendem Rollenwandel oder ohne Rollenwandel identifizieren. Ersteres ließe sich als Prozess der gesellschaftlichen Sozialisierung weg von der (herrschenden) Rollenkonzeption einer Zivilmacht charakterisieren. Dies hätte nachhaltige Folgen, da die Einstellungsveränderung Verhaltensveränderungen auch nach dem Wegfall (materieller) gesellschaftlicher Anforderungen mit sich bringen würde. Letzteres, Verhaltensveränderung ohne Rollenwandel, zeitigt andere Schlussfolgerungen. Wenn gesellschaftliche Anforderungen Politikveränderungen herbeiführen, die wertbezogenen Einstellungen entgegenstehen, muss sich der gesellschaftliche Druck massiv erhöht haben oder die Prägekraft ideeller Faktoren gesunken sein. Sollte der gesellschaftliche Druck allerdings wieder nachlassen, wäre ein wachsender Einfluss normativer Faktoren zu erwarten.⁶⁴

Die hier präsentierten Fallstudien zeigen deutlich, dass es primär Politikwandel ohne nachhaltigen Rollenwandel gegeben hat. Damit wird nicht argumentiert, dass Rollenwandel nicht auch noch als Ergebnis von Politikwandel auftreten kann. Das empirische Material erhärtet jedoch die These, dass die Bundesrepublik auch in den 1990er Jahren dem Rollenkonzept der Zivilmacht im großen und ganzen treu geblieben ist (Rubinstein 1999: 129; Rittberger 1999).

Bringing domestic politics back in

Der Wandel in der deutschen Außenpolitik nach 1990 kann mit Hilfe des Idealtypus Zivilmacht interpretiert werden. Die bisherigen Politikveränderungen spiegeln (noch) die unterschiedliche Betonung zentraler Werte/Normen des Idealtypus wider. So lässt sich das deut-

⁶⁴ Vgl. die Untersuchung von Anderson (1999) zum sektoral differenzierten Einfluß der veränderten gesellschaftliche Anforderungen nach der Wiedervereinigung auf die regulative Europapolitik der Bundesrepublik.

sche Verhalten im Kosovokrieg als Rollenkonflikt zwischen der (loyalen) Partnerrolle, dem Verfechter von Menschenrechten auf der einen Seite und der Unterstützung für internationales Recht, in diesem Fall das Legitimationsmonopol des VN-Sicherheitsrates für friedens erzwingende Maßnahmen analysieren (Maull 2000).

In jenen Fällen, in denen das Verhalten der Bundesregierung offensichtlich nicht mit den aus dem Idealtypus abgeleiteten Verhaltenserwartungen übereinstimmte, sollte die Frage gestellt werden, ob es sich um systematische Abweichungen oder um Einzelfälle handelt. Wenn es sich nicht um systematische Abweichungen handelt, dies legt der empirische Befund nahe – dann gilt es zu prüfen, unter welchen Bedingungen Politikveränderungen mit oder ohne Rollenwandel zustande kamen.⁶⁵ Die folgenden Ausführungen erheben nicht den Anspruch einer systematischen Analyse von Wandel in unterschiedlichen Politikfeldern. Sie sollen lediglich Anhaltspunkte für weitere Hypothesenbildung liefern.

In den meisten Fällen, in denen das Rollenverhalten gegen den Zivilmachts-Idealtypus verstieß, handelte es sich um (re)distributive Politik innerhalb der Europäischen Union: im Fall "Sparkassen/Landesbanken", deutsche Beitragszahlungen, Reform der Agrarpolitik etc. Angesichts dieses Befundes liegt die Vermutung nahe, dass die spezifischen (materiellen) Rahmenbedingungen in diesem Politikfeld die Wirkung ideeller Faktoren veränderten oder gar aufhoben. Geht man dieser Vermutung auf den Grund, so kommt man zu der These, dass Deutschlands Bereitschaft zur Durchsetzung integrativer Politiken (zunehmend) auf die Fähigkeit zu innerstaatlichen Ausgleichszahlungen angewiesen war. Der Niedergang der Staatsfinanzen im Zuge der deutschen Einheit hätte dann diese Fähigkeit deutlich eingeschränkt, mithin ließe sich eine stark integrationistische Politik nur im konstitutionellen Bereich erwarten (oder in jenen redistributiven Bereichen, in denen ein gemeinsames „nationales“ Interesse vorliegt oder verhandelt werden kann).

Wenn sektorspezifische Interessen durch weitere Integrationsmaßnahmen Schaden nehmen und wenn diese in der Lage sind, innergesellschaftliche Vetomacht zu etablieren, dann wird die integrationistische Grundhaltung der Zivilmachtsrolle zugunsten partikularer/gesellschaftlicher Anforderungen verändert. Diese Interpretation beinhaltet die Annahme, dass normkonformes Verhalten in der deutschen Europapolitik, i. S. der Zivilmachtsrolle, zunehmend von innergesellschaftlichen Verteilungsprozessen und Tauschgeschäften abhängig ist.⁶⁶

Die bisherige Zivilmachtsforschung sowie einige andere Untersuchungen zur deutschen Europapolitik weisen darauf hin, dass die "Domestizierung" der deutschen Außenpolitik im wesentlichen auf die veränderte Stellung der Bundesländer im europapolitischen Prozess zu-

⁶⁵ So zeigt bspw. Henning Tewes in seiner Fallstudie zur EU-Osterweiterung, daß Bundeskanzler Kohl die Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze aus wahltaktischen Gründen offenhielt und damit auf das Drängen der bayrischen Staatsregierung und der Vertriebenenverbände reagierte, vgl. Tewes 1998: 114-123; Korte 1998: 468-474.

⁶⁶ Vgl. Garrett/Weingast 1993: 186: "[ideational factors will be more important] the lesser the distributional asymmetries between contending equilibria and the smaller the disparities in the power resources of actors."

rückgeht.⁶⁷ Gleichzeitig erscheint die These von einem Rollenwandel in der deutschen Europapolitik aber wenig überzeugend.

In den meisten untersuchten Fällen übten die Bundesländer einen gewichtigen Einfluss auf die Bundesregierung aus, in dem sie diese auf bestimmte "nationale Interessen" verpflichteten. Während des Amsterdamer EU-Gipfels widersetzte sich die Bundesregierung einer weiteren Vergemeinschaftung der Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik, weil einige Bundesländer fürchteten, ihr "nationales Veto" in der Asylpolitik zu verlieren. Im Fall der EU-Subventionsverschiebung zugunsten des Volkswagenkonzerns verteidigte die Bundesregierung den Freistaat Sachsen, der ohne Zweifel gegen geltendes EU-Recht verstoßen hatte. Im Falle der deutschen Nichtweiterverbreitungspolitik argumentierte Meier, dass die Entwicklung von waffenfähigem Plutonium im Forschungsreaktor Garching II auf das Insistieren der Siemens AG und der Bayrischen Staatsregierung zurückgeführt werden könnte. Folglich könnte argumentiert werden, dass Abweichungen vom bisherigen Zivilmachtskurs der Bundesrepublik in der Europapolitik und der Einhaltung internationaler Nonproliferationsnormen durch die gestiegene Beteiligung und Opposition der Bundesländer am Politikprozess erklärt werden können.

Die Zivilmachtsfallstudien in diesen Bereichen testen diese Hypothese nicht. Der empirische Befund zeigt jedoch, dass die Länder nach der Einführung des neuen Artikel 23 GG nicht nur eine Vetoposition inne haben, sondern diese Position auch zunehmend nutzen. Zum einen engagierten sich die Länder im außen- und europapolitischen Prozess zunehmend als Anwälte der Interessen von (parastaatlichen) Unternehmen und einzelnen Interessengruppen. Zum anderen verfolgten die Länder zunehmend ihre eigene europapolitische Agenda, die auf den Erhalt staatlicher Autonomie unter dem Mantel des Subsidiaritätsprinzip abzielt.⁶⁸

Die jüngsten öffentlichen Drohungen der Länder, einen neuen EU-Vertrag (und damit die Erweiterung der Union) im Bundesrat scheitern zu lassen, wenn der Bund ihre Forderung nicht erfüllen werde, die öffentlichen Unternehmen der Daseinsvorsorge (Sparkassen, Rundfunk, und Wohlfahrtsverbände) vom EU-Wettbewerbsrecht auszunehmen, weisen ebenfalls in Richtung auf einen gestärkten Einfluss der Länder. Gleichzeitig lässt das bisherige Verhalten der Länder ein solches Vorgehen unwahrscheinlich erscheinen. Zum einen erscheint die Drohung, die Osterweiterung am deutschen Sparkassensystem scheitern zu lassen, nicht sehr glaubwürdig. Innerstaatliche Normen (Bundestreue) und europäische Normen (Erweiterung der Gemeinschaft demokratischer Staaten) lassen ein solches Unterfangen als illegitim und unverhältnismäßig erscheinen (Ideen stoppen Interessen). Zum anderen zeigte sich bereits während der Vorverhandlungen für die Regierungskonferenz 1996/97 und der Agenda 2000 die abnehmende Fähigkeit der Länder mit einer Stimme zu sprechen (Bulmer/Jeffery/Paterson 2000: 83; Engel 2000: 58; Jeffery/Collins 1998).

⁶⁷ Vgl. Knodt/Staack 1999; Jeffery 1994.

⁶⁸ Vgl. Maull 1998; Knodt/Staack 1999.

Durch den deutschen Vereinigungsprozess hat sich dieser Trend verfestigt, denn durch die Aufnahme finanziell schwacher Länder und die Notwendigkeit hoher Transferzahlungen ist das föderale Interessenspektrum auseinandergerückt (partikuläre Interessen stoppen gemeinsame Interessen). Gleichzeitig hat die wachsende Zahl von Koalitionsregierungen (über die bisherigen Parteigrenzen von CDU/FDP, SPD/Grüne hinweg) parteipolitische Bindungen im Länderabstimmungsverhalten schwächer werden lassen (Auel 2000). Durch diese Veränderung der innerstaatlichen Interessenformation werden "Tauschgeschäfte" zwischen einigen Ländern und dem Bund, wie jüngst im Zuge der Steuerreform, wahrscheinlicher. Eine rasche Veränderung der gesellschaftlichen Erwartungen gegenüber der europapolitischen Rolle der Bundesrepublik aufgrund dieser veränderten Situation der Bundesländer lässt sich hieraus allerdings nicht ableiten. Erst eine systematische Untersuchung der Veränderung der Einstellung von Bevölkerung, Unternehmen u.a. binnenstaatlicher Akteure zur europäischen Integration kann jedoch Klarheit über das Ausmaß und die Richtung des Wandel der internen Rollenerwartungen erbringen.⁶⁹

Resümierend lässt sich festhalten, dass die Verhaltensabweichungen vom idealtypischen Zivilmachtsverhalten (auch) durch die Einbeziehung binnenstaatlicher Interesseninformationsprozesse erklärt werden kann. Gleichzeitig zeigt das empirische Material, dass sich in den 1990er Jahren keine starken Veränderungen bei den gesellschaftlichen Rollenerwartungen ergeben haben, die auf eine Verdrängung des Zivilmachtsrollenkonzepts abzielen. Wenn dies so wäre, wie behauptet worden ist (Glaab et al. 1997; Hellmann 1999; Knodt/Staeck 1999), dann würde das rollentheoretische Konzept die Vermutung nahelegen, dass die Bundesrepublik ihre Rolle nicht allein (re)konstruieren kann, sondern (weil diese auch durch externe Rollenerwartungen konstituiert ist) auch ihre Partner mit einbeziehen muss. Folglich sollten konvergierende oder divergierende Rollenerwartungen im In- und Ausland in eine Analyse einfließen, die Aussagen darüber trifft, ob Deutschland auf dem Weg in eine "nationale Normalisierung" ist.

Gesucht: eine Theorie der Sozialisation in der Außenpolitik

Mit der binnenstaatlichen Interessenformation ist ein drittes Defizit des rollentheoretischen Zivilmachtsansatzes verbunden: das Fehlen einer Theorie der außenpolitischen Sozialisation. Wie die bisherige Untersuchung gezeigt hat, sind Rollen und Identitäten keine fixen, stabilen sozialen Konstruktionen, sondern engmaschige, klebrige kognitive Strukturen über das Selbst und die Welt, die oft reifiziert, aber auch verändert werden können.

Die Rollentheorie weist grundsätzlich zwei Wege auf, um die (Re)Konstruktion eines Rollenkonzepts abzubilden. Erstens kann eine Rolle durch gesellschaftliche Mobilisierung von Interessengruppen in Frage gestellt und verändert werden, i.e. gesellschaftliche Sozialisation. Im

⁶⁹ Für die nachlassende Zustimmung zum europäischen Integrationsprozess in der Bevölkerung: Niedermayer 1998, Eurobarometer 2000; zur Haltung des Bundesverfassungsgerichts: Weiler 1995.

Fall der deutschen Europapolitik finden wir (zwar einige Fälle von) Politikwechsel, aber keine (dramatische) Veränderung des gesellschaftlichen Rollenselbstbildes.

Zweitens gibt es die Möglichkeit einer Veränderung der außenpolitischen Rolle durch externe Rollenerwartungen, i.e. transnationale Sozialisation. Während die Fallstudien Sozialisationsprozesse nicht systematisch untersuchen, lassen die empirischen Ergebnisse doch einige (tentative) Schlussfolgerungen zu. Zunächst kann die Veränderung in der bundesdeutschen Haltung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr als Wandel der Überzeugungen über die Nützlichkeit und Legitimität militärischer Gewalt interpretiert werden, der auf den Erwartungsdruck der Verbündeten als auch auf die Erfahrungen mit militärischer Gewaltanwendung im ehemaligen Jugoslawien zurückgeht. Zweitens können wir den Rollenkonflikt der Bundesregierung in der Frage der Osterweiterungen zwischen einer Vertiefung und einer Erweiterung der jeweiligen Institution auf die (gestiegenen) Rollenerwartungen der MOE-Staaten zurückführen. Die Eliten dieser Staaten übten massiven Erwartungsdruck aus, indem sie die "gemeinsame demokratische Kultur" ihrer Staaten und derer des Westens betonten und damit auch eine identitäre Verantwortlichkeit der "älteren" gegenüber den "jüngeren" Demokratien konstruierten. Beide Sozialisationsprozesse können also in den rollentheoretischen Ansatz integriert werden. Eine systematische Integration beider Sozialisationswege sollte diesem Ansatz sogar leichter fallen als anderen konstruktivistischen Ansätzen. Bisher fehlt dem Zivilmachtsansatz jedoch eine Systematisierung der Wechselbeziehung zwischen diesen Sozialisationsprozessen und zwischen diesen und Rollenwandel.

V. Mergers and acquisitions

Der Zivilmachtsansatz geht auf das wachsende Unbehagen bei der Erklärung der deutschen und japanischen Außenpolitik nach dem Ende des II. Weltkrieges durch systemische Ansätze zurück (Maull 1990). Die Hauptthese ist, dass beide Staaten aufgrund bestimmter nationaler Rollenkonzept signifikant von dem durch Realisten und Institutionalistern projizierten außenpolitischen Kurs abweichen. Diese Rollenkonzepte sind Bündel von Normen, die Verhaltenserwartungen für die Außenpolitik des eigenen Landes aber auch anderer Staaten beinhalten. Der Zivilmachtsansatz ist hierbei nur ein Rollenkonzept, wenngleich der am weitestgehend operationalisierte.

Die erste "freundliche Übernahme" bezieht sich deshalb auf die schnell anwachsende Forschung zu außenpolitischen Rollen und Identitäten. Als Ole Holsti 1970 die Rollentheorie für die Außenpolitikanalyse erschloss, setzte er "nationale Rollen" mit den Wahrnehmungen außenpolitischer Eliten gleich und betonte dadurch den ego-part der Rolle. In Anlehnung an Holsti untersuchten Sampson und Walker, wie binnenstaatliche Strukturen und Politikprozesse Rollenerwartungen und Rollenverhalten beeinflussten (Holsti 1970; Sampson/Walker 1987). Die erste Generation der Rollentheoretiker entwickelte zahlreiche und z. T. hochkomplexe Rollentypologien.⁷⁰ Eine zweite Generation von rollentheoretischen Untersuchungen

⁷⁰ Vgl. Wish 1980; Jönsson/Westerlund 1982; Gaupp 1983; Walker 1987.

schlug einen anderen Weg ein, indem sie vergleichende Studien über Rollenerwartungen- und verhalten vorlegte.⁷¹ Einen Schwerpunkt dieses Forschungsstranges bildete der Versuch, nationale Rollen in ihrer Wechselbeziehung mit internationalen Institutionen zu analysieren.⁷²

Mit dieser neuen Ausrichtung verbinden sich jedoch zwei Defizite: Erstens, wie bereits erwähnt, hat auch die zweite Generation keinen systematischen Katalog nationaler Rollenkonzepte vorgelegt, die einen Vergleich oder Integration ermöglichen würden.⁷³ Das zweite Defizit bezieht sich auf die fehlende theoretische Verknüpfung von Rollenanalyse und konstruktivistischem Institutionalismus (Checkel 1999; 1999a). Während rationale Institutionen davon ausgehen, dass Institutionen Akteurspräferenzen beeinflussen, können ihre konstruktivistischen Kollegen tatsächlich zeigen, wie Institutionen durch Sozialisation Akteurspräferenzen verändern. Die Rollentheorie könnte einen Beitrag zur Spezifizierung unterschiedlicher Sozialisationsprozesse leisten, obwohl sie sich bisher auf die Erklärung der Stabilität von Rollenkonzepten kapriziert hat. Eine gegenseitige Übernahme könnte sich deshalb als fruchtbar erweisen.

Die zweite "freundliche Übernahme" betrifft den rationalistischen und konstruktivistischen Institutionalismus. Die empirischen Ergebnisse der Zivilmachtsanalysen zeigen, wie viele andere es zuvor auch getan haben, dass es nicht nur eine einzige Theorie sozialen Handelns gibt.⁷⁴ Nutzen-orientiertes, norm-orientiertes und argumentatives Handeln kann gleichzeitig oder in Sequenzen auftreten. Folglich sollte es Aufgabe der zukünftigen Forschung sein, zu erklären, wie diese unterschiedlichen Handlungsmodi miteinander in Beziehung stehen. Der rollentheoretische Ansatz legt nahe, dass norm-orientiertes und argumentatives Handeln dann am stärksten sind, wenn Akteure intern wie extern durch ein dichtes Netz von konvergierenden Rollenerwartungen eingebunden sind.

Die vorangegangene Untersuchung zeigt deutlich, wie die Bundesrepublik aufgrund ihrer außenpolitischen Rolle ihr institutionelles Umfeld verändert; sie verdeutlichen aber ebenso, wie die bundesdeutsche Rolle durch Institutionen wie die NATO und EU geformt wurde. Was dem rollentheoretischen Konzept bisher fehlt, ist ein kausaler Mechanismus, wie sich Veränderungen von und Verschiebungen zwischen den zentralen Normen der Rolle jenseits von Sozialisation entwickeln. Insofern erscheint die Integration einer Theorie außenpolitischen Lernens in das Zivilmachtskonzept angebracht.⁷⁵

⁷¹ Vgl. LePrestre 1997; Breuning 1997; Chafetz/Abramson/Grillot 1997; Prizel 1998; Aggestam 1999.

⁷² Neben den Fallstudien des DFG-Projektes: Barnett 1993; Chafetz/Abramson/Grillot 1997; Aggestam 1999.

⁷³ Dies geht auf den "unorthodoxen Gebrauch" der Rollenkonzepte der ersten Generation zurück, die meist ohne theoretische Reflektion operationalisiert wurden. Das Ergebnis ist eine weitgehende Inkompatibilität der meisten Rollenanalysen.

⁷⁴ Vgl. Risse 1999a; Checkel 1998; March/Olsen 1998, Zangl/Zürn 1999.

⁷⁵ Außenpolitisches Lernen kann definiert werden: "als Wandel von zentralen Überzeugungen (komplexes Lernen) und instrumentellen Überzeugungen (einfaches Lernen) über die internationale Politik, der einen Politikwechsel nach sich zieht". Damit kann außenpolitisches Lernen von Anpassung unterschieden werden, denn während Lernen einen Zielwandel beinhaltet, kann Anpassung als Prozess verstanden werden, der durch eine Veränderung von Instrumenten und Strategien weiterhin versucht, fixe Ziele zu verwirklichen, vgl. Levy 1994; Harnisch 2000: 717-726.

Als Illustration für diese Problemstellung erscheinen die Bundeswehr-Auslandseinsätze, speziell jene im ehemaligen Jugoslawien, geeignet, denn sie offenbaren die Defizite jener Erklärungen, die gesellschaftliche und/oder transnationale Sozialisation in den Vordergrund stellen. Zunächst ist offensichtlich, dass die Bundesrepublik beim Waffengang im Kosovo mit einer zentralen Norm ihrer bisherigen außenpolitischen Rolle, der Mandatierung friedensschaffender Maßnahmen durch den VN-Sicherheitsrat, brach.⁷⁶ Dieser Bruch ist deshalb besonders schwerwiegend, weil die Schröder-Regierung in beiden Koalitionsparteien starke pazifistische Minderheiten beherbergt.⁷⁷ Darüber hinaus war die Unterstützung für die Intervention in der bundesdeutschen Öffentlichkeit schwach, gesellschaftliche Sozialisationsprozesse erscheinen daher nicht überzeugend zu erklären, wie es zu diesem Normbruch und Verhaltenswandel kam.

Betrachtet man die Kosovointervention aus transnationaler Perspektive, so erscheint das Ergebnis ambivalent. Unter dem Druck der Vereinigten Staaten erklärte sich die gewählte Regierung Schröder bereit, NATO-Militäraktionen (falls notwendig) zu unterstützen. Außenerwartungen gepaart mit gesellschaftlicher Skepsis, ob sich die rot-grüne Koalition als loyaler Bündnispartner erweisen würde, scheinen das (anpassende) Verhalten zu erklären. Je näher der Bundeweheinsatz im Kosovo jedoch rückte, desto stärker reflektierte die offizielle Rhetorik die Verhaltenserwartungen des Zivilmacht Idealtypus. Der Kosovokrieg stellte die Regierung als auch die Bevölkerung vor einen Konflikt zwischen den Kernüberzeugungen der deutschen außenpolitischen Rolle nach 1945: Multilateralismus (niemals allein!!) und Normgebundenheit an Menschenrechte (niemals wieder Genozid!!). Die Spannung zwischen diesen Kernüberzeugungen und ihren Protagonisten war stärker als in jedem anderen NATO-Partnerstaat. Die Balkankriege und der Krieg gegen die serbischen Truppen im Kosovo traf damit den Kern der bundesdeutschen Nachkriegsrolle, der sich nach einer Güterabwägung verschob.

Sicherlich haben auch materielle Interessen und normgebundenes Verhalten eine gewichtige Rolle bei der Entscheidung zur Kosovointervention gespielt: Flüchtlingsströme und die Aufrechterhaltung des Legitimationsmonopols des VN-Sicherheitsrates haben das deutsche Verhalten mit geprägt. Die G-8-Initiative, die letztendlich zum Waffenstillstand führte und eine VN-Mandatierung möglich machte, beruhte ebenso auf der Initiative von Außenminister Fischer, wie die wiederholten Versuche, durch eine russische Einbindung den Krieg schneller zu beenden. Trotz des Normbruches versuchte die Bundesregierung also mit allen Mitteln, die Legitimität zentraler Normen ihrer bisherigen außenpolitischen Rolle aufrecht zu erhalten.⁷⁸

⁷⁶ Ob dieser Bruch bereits einen Rollenwandel konstituiert, ist diskutabel, jedoch sollte bei der Bewertung berücksichtigt werden, daß die beteiligten Entscheidungsträger den Ausnahmecharakter des NATO-Einsatzes betonten und deshalb in der NATO-Selbstmandatierung keinen Präzedenzfall sehen wollten, vgl. Maull 2000: 72f.

⁷⁷ Der Bielefelder Parteitag der Grünen/Bündnis 90 am 12. Mai 1999 verabschiedete nur mit knapper Mehrheit einen Beschluß, der das Vorgehen der Regierung unter bestimmten Voraussetzungen tolerierte.

⁷⁸ Bruno Simma hat darauf hingewiesen, daß vor allem Deutschland darauf drängte, die NATO-Intervention als inhaltliche und logische Konsequenz der zuvor getroffenen VN-Sicherheitsratsbeschlüsse zu bewerten, vgl. Simma 1999: 12.

VI. ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Im Hinblick auf die eingangs gestellte Frage nach Kontinuität und Wandel der außenpolitischen Ziele, Strategien und Instrumente des vereinigten Deutschlands lässt nun folgendes festhalten. Die Außenpolitik der Bundesrepublik nach 1990 ist weitgehend durch Kontinuität gekennzeichnet; Wandel fand, wie im Bereich der Europapolitik, vor allem auf der Ebene der Strategien und Instrumente statt. Die Ausnahme, die Entsendung von Bundeswehrsoldaten in Kampfeinsätze außerhalb des NATO-Bündnisgebietes konnte auf externe Rollenerwartung hinsichtlich eines stärkeren deutschen Engagements und einen innergesellschaftlichen Lernprozess zurückgeführt werden, der eine Neubewertung des Verhältnisses der bisherigen zentralen Normen von Gewaltvermeidung und Menschenrechtsschutz vornahm. Die empirische Analyse zeigt ein gewachsenes Selbstbewusstsein der außenpolitischen Entscheidungsträger aufgrund der gegliückten Integration aller grundlegenden außenpolitischen Ziele der Nachkriegsaußenpolitik (Sicherheit, Integration, Wohlfahrt, Vereinigung). Das gewachsene Selbstbewusstsein floss jedoch in die gewohnten institutionellen Kontexte der deutschen Außenpolitik, i.e. EU, NATO, KSZE/OSZE und VN, ein und trug so zur Veränderung der Struktur und Aufgabenzuweisung dieser Organisationen nach dem Ost-West-Konflikt bei. Den äußeren Rahmen des deutschen Rollenverhaltens bildeten neben diesen institutionellen Kontexten die externen Rollenerwartungen Frankreichs, der USA, der RSFR sowie in den Erweiterungsfallstudien auch der neuen Partnerstaaten in Mittel- Osteuropa. Wenngleich die Europäische Union weiterhin den wichtigsten Handlungskontext der deutschen Außenpolitik darstellt, ist die deutsche Rolle in Europa und darüber hinaus nicht auf diese beschränkt. So bleibt, trotz der (anfänglichen) gegenläufigen Positionen in der Frage der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands, der NATO-Osterweiterung und der NATO-Kosovointervention auch die russische Rollenerwartung ein wichtiger Bezugspunkt der deutschen außenpolitischen Rolle. Der offensichtliche Gestaltungswille der Bundesregierungen unter Kohl (WWU, EU-Osterweiterung; Politische Union etc.) und Schröder (Kosovo-Intervention, G-8 Plan und Stabilitätspakt) reflektiert einerseits die nach der Vereinigung gewachsene Zuversicht, deutsche Modelle/Ordnungskonzepte könnten zu europäischen Lösungen beitragen. Andererseits verdeutlichen sie einen spürbaren Wandel bei der "Konstruktion" der deutschen außenpolitischen Rolle; diese ist, mit dem Einverständnis der (wichtigen) Partnerstaaten, selbstbewusster geworden.⁷⁹

Gleichwohl sind zweierlei Trends im Bereich der Strategien und Instrumente zu beobachten. Zum einen hat sich mit den Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen im Zuge der deutschen Vereinigung der permissive Konsens für weitergehende Integrationsschritte in der

⁷⁹ Vgl. bspw. Die Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem deutschen Bundestag, 10. November 1998: „Unser Nationalbewußtsein basiert [...] nicht auf den Traditionen eines wilhelminischen ‚Abstammungsrechts‘ sondern auf der Selbstgewißheit unserer Demokratie... Wir sind stolz auf die Menschen im Osten unseres Landes, die das Zwangssystem der SED-Diktatur abgeschüttelt und die Mauer zum Einsturz gebracht haben.“ Vgl. Bulletin, 74(11.11. 1998), S. 910.

Europäischen Union verändert. Die deutsche Europapolitik erscheint deshalb zunehmend “domestiziert”, in dem sie partikulare Interessen auf europäischer Ebene durch Ausnahmeregelungen oder durch Transferzahlungen auf der innerstaatlichen Ebene zu befriedigen sucht. Zum anderen drückt sich das “neue deutsche Selbstbewusstsein” zeitweise in der Umgehung bestehender institutioneller Vereinbarungen (Frenkler 2001), oder sogar, wie im Falle der Besetzung des IMF-Direktors, in der Instrumentalisierung der Europäischen Union aus (Harnisch 2000b).

Im Bereich der Ziele deutscher Außenpolitik hat der Privatmann Joschka Fischer mit seinen Zukunftsvisionen erneut Initiative im Kernbereich der Europapolitik gezeigt. Die enge Abstimmung mit seinem französischen Amtskollegen Védrine belegt erneut die herausgehobene Stellung Frankreichs, bei der “Konstruktion der deutschen Rolle in Europa”. Dabei hat Frankreich mittlerweile die strategische Entscheidung für ein “Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten”, wie es bereits das Schäuble-Lamers Papier 1994 forderte, akzeptiert. Im Gegenzug ist der deutsche Außenminister mit seiner Berliner Rede dem französischen Erwartungsdruck nach einer Festschreibung der nationalstaatlichen Entscheidungsebene im europäischen Politikprozess gefolgt, ohne jedoch föderalstaatliche Elemente deutscher Prägung vollständig aufgegeben zu haben. Das Beispiel zeigt: auch in Zukunft wird deutsche Außenpolitik ein (hoffentlich ausgewogenes) Produkt von Selbstbild und Fremderwartung bleiben.

5. LITERATUR

- Adler, Emanuel** (1997): Seizing the Middle Ground: Constructivism in World Politics, in: *European Journal of International Relations* 3(1997) 3, S. 319-363
- Aggestam, Lisbeth** (1999): Role Conceptions and the Politics of Identity in Foreign Policy (ARENA Working Papers 99/8), http://www.sv.uio.no.arena/publications/wp99_8.htm [12.07.1999]
- Anderson, Jeffery** (1999): German Unification and the Union of Europe: The domestic Politics of Integration, Cambridge, MA. Cambridge UP
- Anderson, Jeffrey** (1997): Hard Interests, Soft Power, and Germany's Changing Role in Europe, in: *Katzenstein* 1997, S. 80-107
- Anderson, Jeffrey J./Goodman, John B.** (1993): Mars or Minerva? A United Germany in a Post-Cold War Europe, in: Keohane, Robert O./Nye, Joseph S./Hoffmann, Stanley (Hrsg.) (1993): *After the Cold War. International Institutions and State Strategies in Europe, 1989-1991*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 23-62.
- Arnold, Hans** (1995): *Deutschlands Größe. Deutsche Außenpolitik zwischen Macht und Mangel*, München: Piper.
- Asmus, Ronald** (1996): What Does the German Elite Think About National Security Policy? (RP-521), RAND: Santa Monica
- Asmus, Ronald** (1995): Germany's Geopolitical Maturation, Public Opinion and Security Policy in 1994, RAND: Santa Monica
- Asmus, Ronald** (1993): Germany's Geopolitical Maturation, Strategy and Public Opinion After the Wall (RAND Issue paper 107), RAND: Santa Monica
- Auel, Katrin** (2000): Regieren im Mehrebenensystem. Deutschland zwischen nationaler und europäischer Politikverflechtungsfalle?, Beitrag im Rahmen der 2. Tagung des Projektes "Zukunft des Nationalstaates in der Europäischen Integration" der deutsch-französischen Zukunftswerkstatt, Otzenhausen, 7.-8.09. 2000
- Bach, Jonathan** (1999): *Between Sovereignty and Integration. German Foreign Policy and National Identity after 1989*, Münster: Lit Verlag
- Bagger, Hartmut** (1994): Das deutsche Heer – Gravitationszentrum multinationaler Streitkräftestrukturen, in: *Communication Presse Marketing GmbH (Hg.) (1994): Multinationale Streitkräfte in der NATO*, St. Augustin, S. 41-43
- Banchoff, Thomas** (1999): *The German Problem Transformed. Institutions, Politics and Foreign Policy, 1945-1995*, Ann-Arbor: University of Michigan Pr.
- Banchoff, Thomas** (1997): *German Policy Toward the European Union: A Constructivist Perspective*, paper presented to the International Studies Association, Toronto, March 1997
- Baring, Arnulf** (Ed.) (1994): *Germany's New Position in Europe: Problems and Perspectives*, Oxford: Berg
- Barth, Christian/Michael Mentler** (1998): Länderpositionen für Innen- und Rechtspolitik der Europäischen Union, in: *Borkenhagen* 1998, S. 86-102
- Bauer, Stephanie** (2000): *Die Haltung von Bündnis 90/Die Grünen zu militärischen Interventionen*, unveröff. Magisterarbeit, Universität Mainz
- Baumann, Rainer/Volker Rittberger/Wolfgang Wagner** (1999): Macht und Machtpolitik: Neorealistische Außenpolitiktheorie und Prognosen über die deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 6(1999) 2, S. 245-286
- Berger, Thomas** (1998): *Cultures of Anti-Militarism. National Security in Germany and Japan*, Baltimore: Johns Hopkins University Press
- Berger, Thomas U.** (1996): Norms, Identity and National Security in Germany and Japan, in: *Katzenstein* 1996, S. 317-356
- Bienen, Derk/Corinna Freund/Volker Rittberger** (1999): *Gesellschaftliche Interessen und Außenpolitik: Die Außenpolitiktheorie des utilitaristischen Liberalismus* (Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, Nr. 33), Universität Tübingen: Institut für Politikwissenschaft
- Bierling, Stephan** (1999): *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen*, München: Oldenbourg

- Boeke, Henning/Volker Rittberger/Wolfgang Wagner** (1999): Normen und Außenpolitik: Konstruktivistische Außenpolitiktheorie (Tübinger Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Friedensforschung, Nr. 34), Universität Tübingen: Institut für Politikwissenschaft
- Borkenhagen, Franz** (1998): Europapolitik der deutschen Länder. Bilanz und Perspektiven nach dem Gipfel von Amsterdam, Opladen: Leske & Budrich
- Bredow, Wilfried von/Jäger, Thomas** (1993): Neue deutsche Außenpolitik: Nationale Interessen in internationalen Beziehungen, Opladen: Leske & Budrich.
- Breuning, Marijke** (1997): Culture, History, Role: Belgian and Dutch Axioms and Foreign Assistance Policy, in: Hudson 1997, S. 99-124
- Brill, Heinz** (1994): Geopolitik heute. Deutschlands Chance? Frankfurt a.M.: Ullstein.
- Broer, Michael** (1997): Die Entwicklung der Politik der NATO zur Osterweiterung, in: Pradetto, August (Ed.) (1997): Ostmitteleuropa, Rußland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 289-329
- Bulmer, Simon J.** (1998): Shaping the Rules? The Constitutive Politics of the European Union and German Power, in: Katzenstein 1997, S. 49-79
- Bulmer, Simon/Charlie Jeffery/William Paterson** (2000): Germany's European diplomacy. Shaping the regional milieu, Manchester: Manchester UP
- Bulmer, Simon/Charlie Jeffery/William E. Paterson** (1998): Deutschlands europäische Diplomatie: die Entwicklung des regionalen Milieus, in: Weidenfeld 1998, S. 11-102
- Bulmer, Simon/Paterson, William** (1996): Germany in the European Union: Gentle Giant or Emergent Leader, in: International Affairs 72:1, 9-32.
- Bulmer, Simon/William Paterson** (1987): Internal and External Limits to Leadership, in: Wessels, Wolfgang/Elfriede Regelsberger (Hg.) (1987): The Federal Republic of Germany and the European Community: the Presidency and Beyond, Bonn: Europa Union Verl., S. 231-265
- Chafetz, Glenn/Hillel Abramson/Suzette Grillot** (1997): Culture and National Role Role Conceptions: Belarussian and Ukrainian Compliance with the Nuclear Nonproliferation Regime, in:Hudson 1997, S. 169-200
- Checkel, Jeffrey T.** (1999): (Regional) Norms and (Domestic) Social Mobilization: Citizenship Politics in Post Maastricht, Post-Cold War Germany (ARENA Working Papers 99/3), http://www.sv.uio.no.arena/publications/wp99_3.htm [12.07.1999]
- Checkel, Jeffrey T.** (1999a): International Institutions and Socialisation (ARENA Working Papers 99/5), http://www.sv.uio.no.arena/publications/wp99_5.htm [12.07. 1999]
- Checkel, Jeffrey T.** (1998): The Constructivist Turn in International Relations Theory, in: World Politics 50 (1998), S. 324-348
- Checkel, Jeffrey T.** (1998a): Social construction and Integration (ARENA Working Papers 98/18), http://www.sv.uio.no.arena/publications/wp98_14.htm [12.07. 1999]
- Cowles, Maria Green/Thomas Risse** (1999): Europeanization and Domestic Change: Conclusions, <http://www.iue.it/Personal/Risse/Rissedoc/conclusions.rtf> [25.07. 1999]
- DFG-Projekt "Zivilmächte"** (1997): Schlußbericht und Ergebnisse. Deutsche, amerikanische und japanische Außenpolitikstrategien 1985-1995: Eine vergleichende Untersuchung zu Zivilisierungsprozessen in der Triade (gefördert durch die DFG (MA 687/4-1 und 2), Trier: Universität Trier, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/workshop/dfgfinal.pdf>
- Duchêne, François** (1973): Die Rolle Europas im Weltsystem: Von der regionalen zur planetarischen Interdependenz, in: Kohnstamm, Max/Wolfgang Hager (Hg.) (1973): Zivilmacht Europa – Supermacht oder Partner?, Frankfurt/main: Suhrkamp, S. 11-35
- Duffield, John S.** (1999): World Power Forsaken: Political Culture, International Institutions and German Security Policy After Unification, Stanford: Stanford UP
- Dupont, Cedric/Dieter Wolf** (1998): Germany and EMU: A New Institution to Preserve an "Old Good", Working Paper, Center for German and European Studies, University of California at Berkeley
- Engel, Christian** (2000): Kooperation und Konflikt zwischen den Ländern: zur Praxis innerstaatlicher Mitwirkung and der deutschen Europapolitik aus der Sicht Nordrhein-Westfalens, in: Rudolph Hrbek (Hg.) (2000): Europapolitik und Bundesstaatsprinzip. Die ""Europafähigkeit" Deutschlands und seiner Länder im Vergleich mit anderen Föderalstaaten, Baden-Baden: Nomos Verl., S. 49-60

- Eurobarometer** (2000): April-May 53/2000, Brussels, European Commission, <http://europa.eu.int/comm/dg10/epo/eb/eb53/highlights.html> [21.09.2000].
- Feldman, Lily Gardner** (1999): The principle and practice of 'reconciliation' in German foreign policy: relations with France, Israel, Poland and the Czech Republic, in: *International Affairs* 75(1999) 2, S. 333-356
- Fierke, Karin/Antje Wiener** (1999): Constructing Institutional Interests: EU and NATO Enlargement, in: *Journal of European Public Policy* 6(1999) 3, S.
- Finnemore, Martha/Kathryn Sikkink** (1998): International Norm Dynamics and Political Change, in: *International Organization* 52(1998) 4, S. 887-917
- Frenkler, Ulf** (2001): Germany at Maastricht - Civilian Power or Power Politics?, in: Harnisch/Maull 2001
- Frenkler, Ulf** (1997): Deutsche Politik in der Europäischen Union, unveröffentlichtes Manuskript, Universität Trier, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/workshop/depoineu.pdf>
- Gaupp, Peter** (1983): Staaten als Rollenträger. Die Rollentheorie als Analyse-Instrument von Außenpolitik und internationalen Beziehungen, Liebefeld/Bern
- Genscher, Hans-Dietrich** (1997): Erinnerungen, München:Goldmann
- George, Alexander L.** (1979): Case Studies and Theory development: The Method of structured focussed comparison, in: Lauren, Paul (Ed.) (1979): *Diplomacy: New Approaches in History, Theory, and Policy*, New York: Free Press, S. 43-68
- Glaab, Manuela et al.** (1998): Wertgrundlagen und Belastungsrenzen deutscher Europapolitik, in: Weidenfeld 1998, S. 167-208
- Hacke, Christian** (1997): Die Haltung der Bundesrepublik Deutschland zur NATO-Osterweiterung, in: Pradetto 1997, 231-249
- Hacke, Christian** (1993): Weltmacht wider Willen? Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl., Berlin: Ullstein.
- Haftendorn, Helga** (1994): Gulliver in der Mitte Europas. Internationale Verflechtung und nationale Handlungsmöglichkeiten, in: Kaiser, Karl/Maull, Hanns (Hrsg.): *Deutschlands neue Außenpolitik. Band 1: Grundlagen*, München/Wien: Oldenbourg, 129-152.
- Hampton, Mary N.** (1996): Institutions and Learning: Explaining Incremental German Foreign Policy Innovation, in: *European Security* 5(1996) 4, S. 543-563
- Harnisch, Sebastian** (2000): Außenpolitisches Lernen. Die US-Außenpolitik auf der koreanischen Halbinsel, Opladen: Leske & Budrich
- Harnisch, Sebastian** (2000a): Writings on German Foreign Policy Culture II: Book Review of Duffield, John S., *World Power Forsaken. Political Culture, International Institutions, and German Security Policy After Unification*, Stanford: Stanford UP 1998, in: *German Foreign Policy in Dialogue* 1(2000) 2, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/dtap/newsletter/archive/issue02.html>
- Harnisch, Sebastian** (2000b): Germany's National IMF Policy: Lessons To Be Learned, in: *German Foreign Policy in Dialogue*, 1(2000) 1, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/dtap/newsletter/archive/issue01.html>
- Harnisch, Sebastian** (1999): Die Nonproliferationspolitik der Clinton-Administration im Konflikt um das nordkoreanische Nuklearwaffenprogramm 1993-1995: Ein Fall außenpolitischen Lernens?, Beitrag zur DVPW-Sektionstagung "Außenpolitikforschung", Arnoldshain, 11.-12.02. 1999
- Harnisch, Sebastian** (1997): "Der Zivilmachtsansatz ist keine Schönwettertheorie." Überlegungen zur methodischen und theoretischen Verortung, unveröff. Manuskript, Universität Trier, 15. Mai 1997, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/workshop/theober.pdf>
- Harnisch, Sebastian** (1996): Warum ist die Rollentheorie systemischen Ansätzen bei der Erklärung von Außenpolitik in einer arbeitsteiligen "internationalen Gesellschaft" überlegen?, unveröff. Manuskript, Universität Trier
- Harnisch, Sebastian** (1995): "After Hegemony - Do the New Civilian Powers survive their creator?" Theoretische Überlegungen zum Zivilmachtskonzept, unveröff. Manuskript, Universität Trier, 27. Oktober 1995, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/workshop/survive.pdf>
- Harnisch, Sebastian/Hanns W. Maull** (Eds.) (2001): *Germany – Still A Civilian Power? The Foreign Policy of the Berlin Republic*, Manchester: Manchester UP
- Harnisch, Sebastian/Hanns W. Maull** (2001a): Germany as a Civilian Power: Introduction, in: Harnisch/Maull 2001

- Harnisch, Sebastian/Hanns W. Maull** (2001b): Conclusion: Learned its lesson well? Germany as a Civilian Power ten years after unification, in: Harnisch/Maull 2001
- Hedetoft, Ulf** (1998): Germany's National and European Identity: Normalization by other Means, in: Lankowski 1998, S. 1-10
- Hellmann, Gunther** (1999): Machtbalance und Vormachtdenken sind überholt: Zum außenpolitischen Diskurs im vereinigten Deutschland, in: Medick-Krakau 1999, S. 97-126
- Hellmann, Gunther** (1999a): Nationale Normalität als Zukunft? Zur Außenpolitik der Berliner Republik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (1999) 7, S. 837-847
- Hellmann, Gunther** (1999b): Deutschlands Kraft und Europas Vertrauen oder: Die Selbstbewußten, die Befangenen und die Betroffenen der neuen deutschen Außenpolitik, Papier für die Tagung der "Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung" in der Evangelischen Akademie Iserlohn zum Thema "Neue deutsche Außen- und Sicherheitspolitik", 26.-28. Februar 1999
- Hellmann, Gunther** (1997): The Sirens of Power and German Foreign Policy: Who Is Listening?, in: German Politics 6(1997) 2, S. 29-57
- Hellmann, Gunther** (1997a): Jenseits von 'Normalisierung' und 'Militarisierung': Zur Standortdebatte über die neue deutsche Außenpolitik, in: ApuZ B 1-2(1997), S. 24-33
- Hellmann, Gunther** (1996): Goodbye Bismarck? The Foreign Policy of Contemporary Germany, in: Mershon International Studies Review 40, Suppl. 1, 1-39
- Hellmann, Gunther** (1995): Eine Flucht nach vorn ohne Ende? Die deutsch-französische Achse und die Vertiefung der europäischen Integration, in: APuZ B 30(1995), S. 19-27
- Hellmann, Gunther** (1994): "Einbindungspolitik". German Foreign Policy and the Art of Declaring 'Total Peace', Paper prepared for Presentation at the XVIth World Congress of the International Political Science Association, Panel RC 36.1: "Power in the 'New World Order'", August 20-25, 1994, Berlin, Germany.
- Herwig, Holger** (1998): Aggression Contained? The Federal Republic of Germany and International Security, NATO Research Fellowship Report, <http://www.nato.int/acad/fellow/96-98/herwig.pdf> [30.08. 2000]
- Hoffmann, Arthur/Kerry Longhurst** (1999): German Strategic Culture and the Changing Role of the Bundeswehr, in: WeltTrends (1999) 22, S. 145-162
- Hudson, Valerie** (Ed.) (1997): Culture and Foreign Policy, Boulder, CO: Lynne Rienner Publ.
- Hudson, Valerie** (1997a): Culture and Foreign Policy: Developing a Research Agenda, in: Hudson 1997, S. 1-26
- Ikenberry, G. John/Charles A. Kupchan** (1990): Socialization and Hegemonic Power, in: International Organization 44 (1990) 3: 283-315
- Jachtenfuchs, Markus** (2000): Deutsche Europapolitik: Vom abstrakten zum konkreten Föderalismus, in: Knodt/Kohler-Koch 2000, S. 85-110
- Jaeger, Hans-Martin** (1996): Konstruktionsfehler des Konstruktivismus in den Internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3(1996) 2, S. 313-340
- Jäger, Thomas/Jens Paulus/Katrin Winter** (2000): Macht Führung regeln? Die Koordinierung der Außenpolitiken der EG-Staaten im Konflikt um Jugoslawien, in: Knodt/Kohler-Koch 2000, S. 110-134
- Jahn, Egbert** (2000): "Nie Wieder Krieg! Nie Wieder Völkermord!" Der Kosovo-Konflikt als europäisches Problem (MZES-Arbeitspapiere 14/2000), <http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-14.pdf> [06.09. 2000]
- Jeffery, Charlie** (1995): A Giant with Feet of Clay? United Germany in the European Union, University of Birmingham: University of Birmingham Discussion Papers in German Studies No. 95/6
- Jeffery, Charlie** (1994): The Länder Strike Back: Structures and Procedures of European Integration Policy Making in the German Federal System (Leicester University Discussion Papers in Federal Studies 94/4), University of Leicester
- Jeffery, Charlie/Stephen Collins** (1998): The German Länder and EU Enlargement: Between Apple Pie and Issue Linkage, in: German Politics 7(1998) 2, S. 86-101
- Jetschke, Anja/Andrea Liese** (1999): Die kulturelle Prägung staatlicher Interessen und Handlungen. Anmerkungen zur sozialkonstruktivistischen Analyse von Kultur in den Internationalen Beziehungen, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 28(1999) 3, S. 285-300

- Jetschke, Anja/Andrea Liese** (1998): Kultur im Aufwind. Zur Rolle von Bedeutungen, Werten und Handlungsrepertoires in den internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 5(1998) 1, S. 149-179
- Jönsson, Christer/Ulf Westerlund** 1982: Role Theory in Foreign Policy Analysis, in: Jönsson, Christer (Eds.) 1982: Cognitive Dynamics and International Politics, London, 122-157.
- Kaiser, Karl** 1995: Die neue Weltpolitik: Folgerungen für Deutschlands Rolle, in: Kaiser, Karl/Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.): Die neue Weltpolitik, Baden-Baden: Nomos, 497-511.
- Kaiser, Karl/ Joachim Krause** (Hg.) (1996): Deutschlands neue Außenpolitik, Bd. 3: Interessen und Strategien, München:Oldenbourg
- Kaiser, Karl/Hanns W. Maull** (Hg.) (1994): Deutschlands neue Außenpolitik, Bd. 1: Grundlagen, München: Oldenbourg Verl.
- Kamp, Karl-Heinz/Weilemann, Peter R.** (1997): Germany and the Enlargement of NATO, Paper presented at the Conference: NATO Enlargement: The National Debates over Ratification, Brussels: NATO, Academic Forum, <http://www.nato.int/acad/conf/enlarg97/kampweil.htm> [20.08. 2000]
- Katzenstein, Peter** (2000): Gezähmte Macht: Deutschland in Europa, in: Knodt/Kohler-Koch 2000, S. 57-84
- Katzenstein, Peter** (1997): Tamed Power. Germany in Europe, Ithaca: Cornell UP
- Katzenstein, Peter** 1997a: United Germany in an Integration Europe, in: Katzenstein 1997, S. 1-48
- Katzenstein, Peter** (Ed.) (1996): The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics, New York: Columbia UP
- Katzenstein, Peter** (1996a): Conclusion: National Security in a Changing World, in: Katzenstein 1996, S. 498-537
- Katzenstein, Peter J.** (1991): Die Fesselung der deutschen Macht im internationalen System: der Einigungsprozeß 1989-90, in: Blanke, Bernhard/Wollmann, Hellmut (Hrsg.): Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel (Leviathan, Sonderheft 12), Opladen: Westdeutscher Verlag, 68-80.
- Katzenstein, Peter J.** (1987): Policy and Politics in West Germany. The Growth of a Semisovereign State, Philadelphia: Temple UP
- Kirste, Knut** (1998): Rollentheorie und Außenpolitikanalyse. Die USA und Deutschland als Zivilmächte, Frankfurt/Main: Peter Lang
- Kirste, Knut** (1998a): Die USA und Deutschland im Golfkonflikt 1990/91, unveröff. Manuskript Trier, Universität Trier, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/workshop/golf.pdf>
- Kirste, Knut** (1998b): Das außenpolitische Rollenkonzept der Bundesrepublik Deutschland 1985-1995, unveröff. Manuskript Trier, Universität Trier, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/workshop/usarolle.pdf>
- Kirste, Knut** (1998c): Das außenpolitische Rollenkonzept der USA 1985-1995, unveröff. Manuskript Trier, Universität Trier, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/workshop/usarolle.pdf>
- Kirste, Knut** (1998d): Internationale Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, unveröff. Manuskript, Trier, Universität Trier, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/workshop/wirt.pdf>
- Kirste, Knut** (1998e): Die äußeren Aspekte der deutschen Einheit 'Zwei plus Vier', unveröff. Manuskript, Trier, Universität Trier, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/workshop/2+4.pdf>
- Kirste, Knut** (1998f): Der Jugoslawienkonflikt, unveröff. Manuskript, Trier, Universität Trier, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/workshop/Jugo.pdf>
- Kirste, Knut/Hanns. W. Maull** (1996): Zivilmacht und Rollentheorie, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 3(1996) 2, S. 283-312
- Kohler, Koch, Beate** (2000): Europäisierung: Plädoyer für eine Horizonterweiterung, in: Knodt/Kohler-Koch 2000, S. 11-31
- Knapp, Manfred** (1999): Mehr außenpolitische verantwortung? Wandel der deutschen Außenpolitik im Verhältnis zur UNO, in: Medick-Krakau 1999, S. 171-202
- Knodt, Michèle** (2000): Europäisierung à la Sinatra: Deutsche Länder im europäischen Mehrebenensystem, in: Knodt/Kohler-Koch 2000, S. 237-264
- Knodt, Michèle/Beate Kohler-Koch** (Eds.) (2000): Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung (Mannheimer Jahrbuch für europäische Sozialforschung, Bd. 5), Frankfurt/Main: Campus Verl.

- Knodt, Michèle/Nicola Staeck** (1999): Shifting paradigms: Reflecting Germany's European policy, European Integration Online Paper 3 (1999) 3, <http://eiop.or.at/eiop/texte/1999-003a.htm> [02.07.1999]
- Lankowski, Carl** (Ed.) (1998): Break Out, Break Down or Break In? Germany and the European Union after Amsterdam (AICGS Research Report No. 8), Washington, DC: AICGS
- Layne, Christopher** 1993: The Unipolar Illusion: Why New Great Powers Will Rise, in: International Security 17:4, 5-51.
- Le Prestre, Philippe G.** (Ed.) (1997): Role Quests in the Post-Cold War Era. Foreign Policies in Transition, Montreal: McGill-Queen's UP
- Létourneau, Paul/Marie-Elisabeth Räkel** (1997): Germany: To Be or Not Be Normal?, in: Le Prestre 1997, S. 111-130
- Levy, Jack S.** (1994): Learning and Foreign Policy: sweeping an conceptual minefield, in: International Organisation 48(1994) 2, S. 279-312
- Link, Werner** (1999): Alternativen deutscher Außenpolitik, in: Zeitschrift für Politik 46(1999) 2, S. 125-143
- Longhurst, Kerry A.** (2000): Strategic Culture: The Key to Understanding German Security Policy?, unpublished Ph.D. dissertation, Birmingham University, Institute for German Studies
- March, James G./Johan P. Olsen** (1989): Rediscovering Institutions, New York: The Free Press
- March, James G./Johan P. Olsen** (1995): Democratic Governance, New York: The Free Press
- March, James G./Johan P. Olsen** (1998): The Institutional Dynamics of International Political Orders, in: International Organizations 52(1998) 4, S. 943-970
- Markovits, Andrei S./Simon Reich** (1997): The German Predicament. Memory and Power in the New Europe, Ithaca, NY: Cornell UP
- Maull, Hanns W.** (2001): Germany's Foreign Policy, Post-Kosovo: Still a 'Civilian Power'? , in: Harnisch/Maull 2001
- Maull, Hanns W.** (2000): Germany and the Use of Force: Still a 'Civilian Power'?, in: Survival 42(2000) 2, S. 56-80
- Maull, Hanns W.** (2000a): Book Review: Thomas U. Berger 1998, Cultures of Antimilitarism. National Security in Germany and Japan, Baltimore and London <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/dtap/newsletter/archive/issue01.html>
- Maull, Hanns W.** (2000b): German Foreign Policy, Post-Kosovo: Still a 'Civilian Power'?, in: German Politics 9(2000)2, S. 1-24
- Maull, Hanns W.** (1999/2000): Geopolitik im 21. Jahrhundert: keine Zukunft für den Nationalstaat? In: Deutschland Nr.6 (Dez./Jan.1999/2000), S. 26-30
- Maull, Hanns W.** (1999): Germany and the Use of Force: Still a Civilian Power (Trierer Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, Nr. 2), Trier: Universität Trier, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/dtap/publications/tazip/tazip2/force.pdf> [09/11/2000]
- Maull, Hanns W.** (1998): Die deutsche Außenpolitik am Ende der Ära Kohl, in: Reiter, Erich (Hg.) (1998): Jahrbuch für Internationale Sicherheitspolitik 1999, Hamburg: Mittler Verl., S. 274-295
- Maull, Hanns W.** (1997): Quo vadis, Germania? Außenpolitik in einer Welt des Wandels, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, vol. 42 (1997) 10, S. 1245-1256
- Maull, Hanns W.** (1996): Japan and Germany in International Relations, 1950-2000: Parallels and Differences, in: The Korean Journal of Defense Analysis, Vol.8 (Sommer 1996) No. 1, S 177-203
- Maull, Hanns W.** (1995/96): Germany in the Yugoslavia Crisis, in: Survival 37 (Winter 1995-96) 4, S. 99-130
- Maull, Hanns W.** (1995): Allemagne et Japon: deux pays à suivre, in: Politique étrangère, Sommer 1995, S. 477-496
- Maull, Hanns W.** (1994): Japan und Deutschland: Die neuen Großmächte?, in: Europa Archiv, Vol. 49(1994) 12, S. 603-610
- Maull, Hanns W.** (1993): Civilian Power: The Concept and Its Relevance for Security Issues, in: Lidija Babic/Bo Huldts (eds.), Mapping the Unknown, Towards A New World Order (The Yearbook of the Swedish Institute of International Affairs 1992-93), Stockholm: The Swedish Institute of International Affairs, S. 115-131.
- Maull, Hanns W.** (1993a): Germany's New Foreign Policy, in: American Institute for Contemporary German Studies, The Johns Hopkins University, German Foreign Policy and the German

- 'National Interest: German and American Perspectives, (AICGS Seminar Paper), January 1993, Nr.5, S. 2-19
- Mauil, Hanns W.** (1993b): Großmacht Deutschland? Anmerkungen und Thesen, in: Karl Kaiser/Hanns W. Mauil (eds.), Die Zukunft der deutschen Außenpolitik, (Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, Nr. 72), Bonn: Europa Union Verlag, S. 53-72
- Mauil, Hanns W.** (1993c): Wirtschaftsmacht: Überlegungen zu den Gestaltungsmöglichkeiten Japans und der Bundesrepublik in den internationalen Beziehungen, in: Albrecht Zunker (ed.), Weltordnung oder Chaos? Beiträge zur Internationalen Politik, Festschrift zum 75. Geburtstag von Professor Dr. Klaus Ritter, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen (Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 35), Baden Baden: Nomos, S. 302-316
- Mauil, Hanns W.** (1993d): Zivilmacht Bundesrepublik? Das neue Deutschland in der internationalen Politik ("Blätter"-Gespräch), in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 38(1993) 8, S. 934-948
- Mauil, Hanns W.** (1992): Zivilmacht Bundesrepublik Deutschland. Vierzehn Thesen für eine neue deutsche Außenpolitik, in: Europa Archiv 47 (1992) 10, S. 269-278
- Mauil, Hanns W.** (1992a): Zivilmacht: Die Konzeption und ihre sicherheitspolitische Relevanz, in: Wolfgang Heydrich/Joachim Krause/Uwe Nerlich/Jürgen Nötzold/Reinhardt Rummel (eds.), Sicherheitspolitik Deutschlands: Neue Konstellationen, Risiken, Instrumente (Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 32, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen), Baden-Baden: Nomos, S. 771-786
- Mauil, Hanns W.** (1990): Germany and Japan: The New Civilian Powers, in: Foreign Affairs 69(1990) 5, S. 91-106
- Mauil, Hanns W.** (1990a): Japan, Deutschland und die Zukunft der Internationalen Politik, in: Thies, Jochen/G. van Well (Hg.) (1990): Auf der Suche nach der Gestalt Europas. Festschrift für Wolfgang Wagner, Bonn, S. 171-192
- Mauil, Hanns W./Bernhard Stahl** (2000): Krisenmanagement Am Beispiel des Konfliktes im ehemaligen Jugoslawien: Deutschland und Frankreich im Vergleich, Beitrag für die Konferenz „Zukunft des Nationalstaates in der Europäischen Integration“ der Deutsch-Französischen Zukunftswerkstatt in Otzenhausen, 07. 09. 2000
- Mauil, Hanns W. et al.** (Eds) (1999), Lehrgeld: Vier Monate rot-grüne Außenpolitik, Trier: Universität Trier, <http://www.uni-trier.de/uni/fb3/politik/dtap/publications/tazip/tazip1/Lehrgeld.pdf> [09/11/2000]
- Mayer, Peter** (1999): War der Krieg der NATO gegen Jugoslawien moralisch gerechtfertigt? Die Operation 'Allied Force' im Lichte der Lehre vom gerechten krieg, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 6(1999) 2, S. 287-321
- McAdams, A. James** (1997): Germany After Unification. Normal At Last?, in: World Politics 49(1997), S. 282-308
- Mearsheimer, John J.** 1990: Back to the Future. Instability in Europe After the Cold War, in: International Security 15:1, 5-56.
- Medick-Krakau, Monika** (Hg.) (1999): Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive - die USA und die Bundesrepublik Deutschland. Festschrift zum 70. Geburtstag von Ernst-Otto Czempel, Baden-Baden: Nomos Verl.
- Meier, Oliver** (2001): A Civilian Power caught between the lines - Germany and nuclear non-proliferation, in: Harnisch/Mauil 2001,
- Meier, Oliver** (1997): Ein vergleichende Untersuchung der deutschen und japanischen Nichtverbreitungspolitik, unveröff. Manuskript, Universität Trier
- Moravcsik, Andrew** (1997): Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics, in: International Organization 51(1997) 4, S. 513-553
- Moravcsik, Andrew/Kalypso Nicolaïdis** (1999): Explaining the Treaty of Amsterdam: Interests, Influence, Institutions, in: Journal of Common Market Studies 37(1999), S. 59-85
- Müller, Harald** (2000): Nuclear Weapons and German Interests: An Attempt at Redefinition (PRIF-Report 55/2000), Frankfurt/Main: HSFK, <http://www.hsfk.de/deu/pub/prifrep/prifrep55.pdf> [12.09. 2000]
- Müller, Harald** (1999): Sicherheit für das vereinte Deutschland, in: Medick-Krakau 1999, S. 145-169

- Müller, Harald** (1994): Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln. Zur Kritik der utilitaristischen Handlungstheorien, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1(1994) 1, S. 15-44
- Müller, Harald** (1993): The Internalization of Principles, Norms, and Rules by Governments: The Case of Security Regimes, in: Rittberger, Volker (Ed.) (1993): *Regime Theory and International Relations*, Cambridge, Cambridge UP, S. 361-38
- Neack, Laura/Jeanne A. K. Hey/Patrick J. Haney** (Eds.) (1995): *Foreign Policy Analysis. Continuity and Change in its Second Generation*, Englewood Cliffs, NJ: Prentice Hall
- Neack, Laura** (1995): Linking State Type with Foreign Policy Behaviour, in: Neack et al. 1995, S. 215-228
- Niedermayer, Oskar** (1998): Die Entwicklung der öffentlichen Meinung zu Europa, in: Matthias Jopp/Andreas Maurer/Heinrich Schneider (Hg.) (1998): *Europapolitische Grundverständnisse im Wandel. Analysen und Konsequenzen für die politische Bildung*, Bonn: Europa-Union Verl., S. 419-448
- Peters, Ingo** (1997): Vom 'Scheinzweig' zum 'Scheinriesen' – deutsche Außenpolitik in der Analyse, in: *Zeitschrift für International Beziehungen* 4(1997) 2, S. 361-388
- Pfetsch, Frank R.** 1993: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949-1992*, Stuttgart: Fink.
- Pfeil, Florian** (2001): Civilian Power and Human Rights, in: Harnisch/Maull 2001, S.
- Pfeil, Florian** (2000): *Zivilmacht für die Menschenrechte? Menschenrechte in der deutschen Außenpolitik 1990-1998*, Hamburg: Verlag Dr. Kovac
- Philippi, Nina** (2001): Civilian Power and War - The German debate about out-of area operations between 1990 and 1999, in: Harnisch/Maull 2001
- Philippi, Nina** (1997): *Bundeswehr-Auslandseinsätze als außen- und sicherheitspolitisches Problem des geeinten Deutschland*, Frankfurt/Main: Peter Lang Verl.
- Phillips, Ann** (1998): The politics of reconciliation: Germany in Central-East Europe, in: *German Politics* 27(1998) 2, S. 64-85
- Pradetto, August** (Hg.) (1997): *Ostmitteleuropa, Rußland und die Osterweiterung der NATO. Perzeptionen und Strategien im Spannungsfeld nationaler und europäischer Sicherheit*, Opladen: Westdeutscher Verlag
- Prizel, Y.** (1998): *National Identity and Foreign Policy: Nationalism and Leadership in Poland, Russia, and Ukraine*, Cambridge: Cambridge UP
- Rattinger, Hans** (1996): Einstellungen zur Europäischen Integration in der Bundesrepublik. Ein Kausalmodell, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2(1996) 1, S. 45-78
- Reiter, Dan** (1996): *Crucible of Beliefs. Learning, Alliances, and World Wars*, Ithaca: Cornell UP
- Risse, Thomas** (2000): "Let's Argue!" Persuasion and Deliberation in International Relations, in: *International Organization* 54(2000) 1, S. 1-39
- Risse, Thomas** (1999): Identitäten und Kommunikationsprozesse in der internationalen Politik - Sozialkonstruktivistische Perspektiven zum Wandel in der Außenpolitik, Medick-Krakau, S. 33-57
- Risse, Thomas/Maria Green Cowles/James Caporaso** (1999): *Europeanization and Domestic Change: Introduction*, [http://www.iue.it/Personal/Risse/Rissedoc/intro\(3\).doc](http://www.iue.it/Personal/Risse/Rissedoc/intro(3).doc) [25.07. 1999]
- Risse, Thomas et al.** (1999): To Euro or not to Euro? The EMU and Identity Politics in the European Union, in: *European Journal of International Relations* 5(1999) 2, S. 147-187
- Rittberger, Volker** (1999): Deutschlands Außenpolitik nach der Vereinigung. Zur Anwendbarkeit theoretischer Modelle der Außenpolitik: Machtstaat, Handelsstaat oder Zivilstaat?, in Berger, Wolfgang/Volker Ronge/Georg Weißeno (Ed.) (1999). *Friedenspolitik in und für Europa*, Opladen, S. 83-107
- Rittberger, Volker/Bernhard Zangl** (1997): *Vereinte Nationen und Weltordnung. Zivilisierung der Internationalen Politik?*, Opladen, Leske & Budrich
- Rubinstein, Alvin Z.** (1999): Germans on their Future, in: *Orbis* (Winter 1999), S. 127-137
- Schaber, Thomas/Cornelia Ulbert** (1994): Reflexivität in den Internationalen Beziehungen. Literaturbericht zum Beitrag kognitiver, reflexiver und interpretativer Ansätze zur dritten Theoriedebatte, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 1 (1994) 1, S. 139-169
- Schimmelfennig, Frank** (2000): *NATO's Eastern Enlargement: An Analysis of Collective Decision-Making*, EAPC-NATO Individual Fellowship Report 1998-2000, <http://www.nato.int/acad/fellow/98-00/schimmelfennig.pdf> [30.08. 2000]

- Schimmelfennig, Frank** (1994): Internationale Sozialisation neuer Staaten. Heuristische Überlegungen zu einem Forschungsdesiderat, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1 (1994)2 :335-355
- Schöllgen, Gregor** (1997): Geschichte als Argument. Was kann und was muß die deutsche Großmacht auf dem Weg ins 21. Jahrhundert tun?, in: Internationale Politik 52(1997) 2, S. 1.7
- Schrade, Christina** (1997): Machtstaat, Handelsstaat, Zivilstaat? Deutsche Entwicklungspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, unveröffentl. Magisterarbeit, Universität Tübingen
- Schrade, Christina** (1997a): Machtstaat, Handelsstaat, Zivilstaat? Deutsche Entwicklungspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 4(1997) 2, S. 255-294
- Schmidt, Siegmund** (1998): Demokratie als Exportgut? Die Demokratieförderung im Rahmen der Außen- und Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland in Afrika und Osteuropa, unveröffentl. Habilitationsschrift, Universität Trier
- Schwarz, Hans-Peter** (1994): Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin: Siedler.
- Schwarz, Hans-Peter** (1994a): Das deutsche Dilemma, in: Kaiser/Maull 1994, S. 81-98
- Senghaas, Dieter** (1994): Wohin driftet die Welt, Frankfurt/Main: Suhrkamp Verl.
- Staack, Michael** (1997): Handelsstaat Deutschland. Außenpolitik in einem neuen internationalen System, 2. Bde., unveröff. Habilitationsschrift, Freie Universität Berlin
- Szabo, Stephen F.** (1999): Germany: Strategy and Defense at a Turning Point (AICGS Issue Brief), <http://www.aicgs.org/IssueBriefs/szabo.html> [06.09.2000]
- Tewes, Henning** (2001): How Civilian? How much Power? Germany and the Eastern Enlargement of NATO, in: Harnisch/Maull 2001
- Tewes, Henning** (1998): Germany as a Civilian Power. The Western Integration of East Central Europe, 1989-1997, Ph.D. thesis, University of Birmingham
- Tewes, Henning** (1997): Das Zivilmächtskonzept in der Theorie der Internationalen Beziehungen. Anmerkungen zu Knut Kirste und Hanns Maull, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 4(1997) 2, S. 347-359
- Triphaus, Carsten** (2000): Institutionalisierung und Konfliktprävention. Die deutsche KSZE/OSZE-Politik in den neunziger Jahren, unveröffentl. Magisterarbeit, Universität Trier
- Tudyka, Kurt P.** (2000): Die Bundesrepublik Deutschland und die OSZE, in: Knodt/Kohler-Koch 2000, S. 135-157
- Van Orden, Geoffrey** (1991): The Bundeswehr in Transition, in: Survival XXXIII(1991) 4, S. 352-370
- Waltz, Kenneth N.** (1993): The Emerging Structure of International Politics, in: International Security 18 (1993) 2, S. 44-79
- Waltz, Kenneth** (1981): The Spread of Nuclear Weapons: More May Be Better (Adelphi Paper No. 171), London: IISS
- Weidenfeld, Werner** (Hg.) (1998): Deutsche Europapolitik. Optionen wirksamer Interessenvertretung, (Münchner Beiträge zur Europäischen Einigung), Bonn: Europa-Union Verl.
- Weidenfeld, Werner** (1998a): Außenpolitik für die Deutsche Einheit. Die Entscheidungsjahre 1989/1990, Stuttgart: DVA
- Weiler, Joseph** (1995): Der Staat 'über alles'. Demos, Telos and the German Maastricht-Decision (Jean Monnet Working Papers 6/95), Cambridge, MA: Harvard Law School, <http://www.law.harvard.edu/programs/JeanMonnet/papers/95/9506ind.html> [07.09. 2000]
- Yee, Albert S.** (1997): Thick Rationality and the Missing „Brute Fact“: The Limits of Rationalist Incorporations of Norms and Ideas, in: Journal of Politics 59(1997) 4, S. 1001-1039
- Yee, Albert S.** (1996): The causal effects of ideas on policies, in: International Organization 50 (Winter 1996) 1, S. 69-108